

**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

A 8076

AUS DER BIBLIOTHEK VON

JULIUS
LANDMANN

6. VIII. 1877 — 8. XI. 1931

PROFESSOR DER
STAATSWISSENSCHAFTEN

BASEL 1910—1927

KIEL 1927—1931



*H. S. Landmann, Mitglied
der k. k. Nationalbank
in Bern*
Am Anführer

Die Beschaffung der Hilfsmittel zur Durchführung der Unfall- und Krankenversicherung, insbesondere durch Besteuerung des Tabaks.

Von E. W. Milliet (Bern).

1935

Das Problem, welches den Gegenstand der vorliegenden Arbeit bildet, scheidet sich in so viele wichtige Einzelfragen, dass eine erschöpfende Behandlung desselben an dieser Stelle ausgeschlossen ist.

Der heutige Vortrag will und muss sich daran genügen lassen, in möglicher Kürze eine orientierende Uebersicht zu bieten, die wesentlichen Punkte anzudeuten und durch eine gedrängte Vorführung der Vergangenheit das Verständnis der Gegenwart leichter zu machen.

Die Finanzierung der Versicherungsgesetze wird Behörden und Volk noch vielfach beschäftigen. Neben ruhiger Sachlichkeit werden dabei auch Vorurteil und Leidenschaft zum Worte kommen. Da kann es nur vom Guten sein, wenn der Sache auch eine Gesellschaft näher tritt, welche, dem Lärm des Tages entrückt, für eine objektive Abwägung des Für und Wider Gewähr leistet.

* * *

Mit Botschaft vom 26. Mai d. J. gelangt der schweizerische Bundesrat nach eingehender Prüfung der eidgenössischen Finanzlage zum Schlusse, dass das Gleichgewicht des Bundeshaushalts »in verhängnisvoller Weise« untergraben werde, wenn man zur Deckung der durch die Versicherungsgesetze erwachsenden Mehrausgaben von jährlich rund 8 Millionen Franken nicht rechtzeitig eine neue selbständige Steuerquelle eröffne. Seine Schlussanträge lauten:

I. Die Beratung des vor den eidgenössischen Räten liegenden Bundesgesetzes betreffend die Kranken- und Unfallversicherung, mit Einschluss der Militärversicherung, ist mit aller Beförderung zu Ende zu führen unter Aufnahme der Vorschrift in die Uebergangsbestimmungen, dass dieses Gesetz erst nach Sicherung der für die Bundesleistung erforderlichen Mittel in Wirksamkeit treten könne.

II. Zur Finanzierung der Versicherungsprojekte ist eine besondere, vom übrigen Staatshaushalte unabhängige, neue Einnahme in Aussicht zu nehmen.

III. Zu diesem Zwecke wird die Einführung des Tabakmonopols auf folgenden Hauptgrundlagen vorgeschlagen:

1. Die Einführung des Monopols darf die Qualität der für den Hauptteil unserer Bevölkerung bestimmten Tabake und Cigarren weder verschlechtern, noch deren Preis verteuern.

2. Den Verhältnissen der bei der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter ist durch den Weiterbetrieb der gegenwärtigen Fabriken in Staatsregie weitgehendste Rechnung zu tragen.

3. Der Fortbestand der vorhandenen Tabakkulturen soll durch Einführung des Monopols nicht in Frage gestellt werden.

4. Aus dem Reinertrage des Tabakmonopols sollen den Kantonen nach Massgabe ihrer Bevölkerung 25 % gutgeschrieben werden, mit der Verpflichtung, die bezüglichen Quoten für die Hebung des Volksschulwesens zu verwenden.

* * *

Es wird nun zunächst zu erörtern sein, ob die Bundesleistungen für die projektierte Versicherung nicht aus den vorhandenen Mitteln aufgebracht werden können.

Diese Leistungen werden vom Mathematiker des Schweizerischen Industriedepartements nach Massgabe der vorliegenden Gesetzesentwürfe und auf Grund der letzten Volks- und Unfallzählung und andern Materialien mehr pro Jahr veranschlagt wie folgt:

	Minimalbetrag der unbedingten, gesetzlichen Beiträge		Minimalbetrag der von Bundesbeschlüssen abhängigen Mehrleistungen		
	obligatorisch	freiwillig	Zusammen	(Bauernartikel etc.)	Total
	Versicherte				
Krankenversicherung	2,540,000	1,710,000	4,250,000	700,000	4,950,000
Unfallversicherung	2,624,000	371,000	2,995,000	200,000	3,195,000
Militär-Versicherung (Mehrleistungen gegen jetzt)	300,000	—	300,000	—	300,000
Total	5,464,000	2,081,000	7,545,000	900,000	8,445,000

Eine namhafte, der heutigen Finanzsituation sich anpassende Herabsetzung, wenigstens der unbedingten gesetzlichen Zuschüsse

im Belauf von rund 7¹/₂ Millionen Franken, ist ausgeschlossen, soll anders nicht die Grundlage des ganzen Entwurfs so erschüttert werden, dass weite Kreise in ihren berechtigten Hoffnungen sich enttäuscht finden.

Nun wird freilich die volle Jahresleistung nicht unmittelbar nach dem Inkrafttreten der Gesetze fällig werden. Zudem bietet die bereits angesammelte Reserve von 7 Millionen einen gewissen Rückhalt.

Allein es darf nicht übersehen werden, dass auch jede neue Einnahmequelle, möge sie nun Tabakmonopol oder anders heissen, erst nach Jahren ergiebig werden wird, und was die Rücklage betrifft, so wird es geraten sein, wenn dieselbe für die normalen Verpflichtungen nicht aufgebraucht, sondern mit eventuell sich ergebenden weitem Reserven zur Bestreitung der ersten Einrichtungen, sowie dazu verwendet wird, die in die Hand der eidgenössischen Räte gelegten Erhöhungen der gesetzlichen Minimalbeiträge auszurichten.

Neben dem Hinweis auf die Erleichterungen, welche man da und dort in der nur sukzessive eintretenden Wirkung der Gesetze und in den vorhandenen Ersparnissen zu finden hofft, ist auch schon die Frage aufgeworfen worden, ob man nicht durch ein Hinausschieben eines Teiles der Bundesleistungen für die Unfall- und Militärversicherung der momentanen Sorge für die Beschaffung der erforderlichen Gelder sich entschlagen könne. Ein derartiger Ausweg ist meines Wissens in den Kommissionen der eidgenössischen Räte einlässlich besprochen, aber abgelehnt, dann u. A. auch im Schooss der Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Zürich durch Professor Dr. Zürcher wieder angedeutet worden.

Nun liesse sich in der That eine Befristung in der Zahlung der Bundesbeiträge bei den angeführten Versicherungszweigen dadurch erzielen, dass entweder für den Bundesbeitrag das Umlageverfahren eingeführt oder aber das Deckungsverfahren zwar grundsätzlich beibehalten, der Beitrag aber nur nach dem Umlageverfahren baar ausbezahlt, für den Rest jeweiligen ein verzinslicher Bundesschuldtitel ausgestellt würde.

Diese Auskunftsmittel scheinen mir beide nicht empfehlenswert zu sein. Wird für die Bundesleistung das Umlageverfahren eingeführt, so werden sich die schönsten theoretischen Entwicklungen über den Unterschied zwischen Staat und Privatmann nicht stark genug erweisen, um die Forderung der privaten Arbeitgeber auf Einräumung gleicher Vorteile ablehnen zu können.

Der Ansturm der Industriellen Oesterreichs gegen das dort geltende System des Deckungsverfahrens ist in dieser Beziehung bezeichnend genug. Würde man aber dem sicher zu erwartenden analogen Andringen unserer Arbeitgeber nachgeben, so erhielten wir damit für die ganze Unfallversicherung einen Prämieineinzugsmodus, der von Wissenschaft und Erfahrung gleich sehr verurteilt ist.

Weniger grosse, aber immer noch genugsame Bedenken erweckt die zweite der angeführten Möglichkeiten. In derselben liegt im Grunde auch nichts anderes, als das Eingeständnis der mutlosen Ohnmacht unserer Generation. Statt den Ruhm der eigenen That vollständig zu machen, überbände sie einen namhaften Teil derselben denen, die ein Jahrzehnt nach uns kommen, würfe sie das Gewicht unserer heutigen Verlegenheit in verstärktem Masse auf die Achseln der Zukunft. Dem liesse sich wohl entgegenhalten, dass unser Geschlecht die Kosten der ersten Einrichtung des Versicherungswerkes zu tragen habe und deshalb für die laufenden Bedürfnisse seinen Nachfolgern füglich ein grösseres Opfer zumuten dürfe. Aber auch wer die Berechtigung dieses Einwandes nicht ganz von der Hand weist, darf es als etwas Anstössiges empfinden, ein gross angelegtes Werk, auf das wir uns etwas zu gute thun wollen, in unfertigem Zustande aus der Hand zu geben.

Im übrigen würde die mit einer solchen Schuldenmacherei erzielte Entlastung der Gegenwart jährlich nicht mehr als $1\frac{1}{2}$ bis 2 Millionen betragen und es bliebe deshalb über alles hinaus noch sehr zweifelhaft, ob die Trassierung dieses Wechsels auf thatkräftigere Zeiten, selbst in Verbindung mit andern Massnahmen, ausreichend wäre, um die Versicherung ohne Beiziehung neuer Hilfsmittel 10 bis 15 Jahre lang in sicherer und geordneter Weise zur Durchführung zu bringen.

* * *

Weit gerechtfertigter scheint mir die Frage, ob die bestehenden Einnahmen des Bundes ohne wesentliche Aenderung ihrer gesetzlichen Grundlagen, also rein aus der natürlichen Entwicklung der Dinge heraus, nicht voraussichtlich eine so grosse Steigerung erfahren werden und ob auf den dermaligen Ausgaben der Eidgenossenschaft nicht so erhebliche Ersparnisse zu erzielen seien, dass die dadurch verbesserte Finanzlage der Versicherung ohne weiteres den Weg zu ebnen vermöchte. Diese Frage ist gleichbedeutend mit derjenigen, ob das Zukunftsbudget für das Jahr fünf 1899/1903, mit dem der Bundesrat seine oben wieder-

gegebenen Anträge motiviert, im grossen Ganzen als ein zutreffendes gelten könne.

Dieses Budget zeigt — in etwas anderer, als der vom Bundesrat gewählten Gruppierung — folgende Zahlen:

	Einnahmen.					
	1899	1900	1901	1902	1903	1899/1903
Ertrag der Liegenschaften	652,364	708,304	762,004	818,937	868,937	3,810,546
Ertrag der Kapitalen	2,105,210	2,163,690	2,168,095	2,167,050	2,232,280	10,836,325
Ertrag des Bundesvermögens	2,757,574	2,871,994	2,930,099	2,985,987	3,101,217	14,646,871
Nettoertrag d. Zollverwaltung	42,671,800	43,873,900	44,744,900	45,638,900	46,387,100	223,316,600
Nettoertrag d. Postverwaltung	566,000	802,600	998,100	1,497,600	1,034,500	4,898,800
Nettoertrag d. Telegraphenverwaltung	—	—	—	—	—	—
Nettoertrag des Pulverregals	200,000	203,000	206,000	209,000	212,000	1,030,000
Militärpflichtersatzsteuer	1,550,000	1,600,000	1,625,000	1,650,000	1,675,000	8,100,000
	47,745,374	49,351,494	50,504,099	51,981,487	52,409,817	251,992,271
Ausgaben.						
Amortisation und Verzinsung	4,243,265	4,249,650	4,249,055	4,249,480	4,248,855	21,230,305
Allgemeine Verwaltung	1,128,700	1,151,300	1,154,200	1,166,400	1,174,400	5,775,000
Politisches Departement	626,400	629,800	629,800	653,800	733,100	3,272,900
Departement des Innern	12,926,001	14,406,003	13,839,903	13,077,223	12,895,943	67,145,073
Justiz- u. Polizeidepartement	40,700	18,100	10,100	10,900	17,400	40,600
Militärdepartement	26,291,949	27,781,999	28,378,045	28,351,025	28,267,835	139,070,853
Finanzdepartement	140,400	197,900	223,900	382,900	416,500	1,361,600
Handels-, Industrie- u. Landwirtschaftsdepartement	4,269,475	4,317,504	4,672,200	4,231,200	4,386,700	21,877,079
Eisenbahndepartement	166,250	144,950	129,950	129,950	142,650	713,750
Unvorhergesehenes	7,294	4,288	11,946	8,409	7,294	39,111
	49,840,374	52,901,494	53,299,099	52,239,487	52,255,817	260,556,271
Defizit	2,095,000	3,550,000	2,795,000	258,000	—	8,544,000
Ueberschuss	—	—	—	—	154,000	—

Betrachten wir zunächst die Einnahme, welche mit über 223 Millionen netto alle andern weit überragt: das Erträgnis, welches die Zollverwaltung nach Abzug der Erhebungskosten an Ein- und Ausgangszöllen, sowie an verschiedenen kleinen Eingängen liefern soll. Der Bundesrat schätzt die dahergehenden Bruttoeinnahmen:

	Jahresbetreffnis	Vermehrung von Jahr zu Jahr	Vermehrung gegen- über dem Betreffnis von 1899
1899	47,500,000	—	—
1900	49,000,000	1,500,000	1,500,000
1901	50,000,000	1,000,000	2,500,000
1902	51,000,000	1,000,000	3,500,000
1903	52,000,000	1,000,000	4,500,000
1899/1903	249,500,000		12,000,000

Die effektive Bruttoeinnahme im vorangegangenen Jahrfünft betrug:

	Jahresbetreffnis	Vermehrung von Jahr zu Jahr	Vermehrung gegen- über dem Betreffnis für 1894
1894	41,200,681	—	—
1895	43,279,726	2,079,045	2,079,045
1896	46,269,225	2,990,501	5,068,544
1897	47,898,510	1,629,295	6,697,829
1898	48,807,513	909,003	7,606,832
1894/1898	227,455,655		21,452,250

Der Bundesrat hat also vorsichtigerweise der abnehmenden Tendenz der letzten Jahre Rechnung getragen, budgetiert aber immer noch für das kommende Jahrfünft eine Einnahme, welche diejenige seines Vorgängers um 10 % übersteigt.

Man kann nun selbstverständlich bei diesem Kapitel viel optimistischere Schätzungen aufstellen, als der Bundesrat, und es hat denn auch an solchen rosiger gefärbten Rechnungen nicht gefehlt. Zur Beurteilung derselben scheint es zweckmässig, sich darüber Klarheit zu verschaffen, auf welchen Positionen unsere Zollerträge hauptsächlich ruhen und aus welchen derselben die Zunahme von rund 21 1/2 Millionen, welche die 4 Jahre 1895/98 gebracht haben, im wesentlichen erflossen ist.

Die Einfuhrzölle, die Hauptintrade der Zollverwaltung, betrafen laut der eidgenössischen Handelsstatistik:

	Alkohol und alkohol- haltige Getränke	Tabak	Zucker	Alkohol, Tabak und Zucker zusammen	Andere Artikel	Gesamttotal
1894	6,224,415	1,706,693	4,444,409	12,375,517	28,377,026	40,752,543
1895	7,073,666	1,772,751	4,373,072	13,219,489	29,619,029	42,838,518
1896	7,367,441	1,888,424	5,051,704	14,307,569	31,509,888	45,817,457
1897	7,755,014	2,067,709	5,307,741	15,130,464	32,303,687	47,434,151
1898	7,901,103	1,916,880	5,604,653	15,422,636	32,891,463	48,314,099
1894/8	36,321,639	9,352,457	24,781,579	70,455,675	154,701,093	225,156,768

Aus dieser Aufstellung geht hervor, dass die drei spezifischen Genussmittel Alkohol, Tabak und Zucker über 30 % der Total-einnahme geliefert haben und dass dieselben für sich allein mit nicht weniger als 8,578,090 Fr. an der Steigerung seit 1894 beteiligt sind, während alle andern Artikel des Zolltarifs zusammen nur einen Mehrertrag von 12,815,963 Fr. ergeben haben.

Von der Zunahme beim Alkohol (5,199,564 Fr.) entfallen Fr. 4,275,543 einzig auf den Wein. Mit Bezug auf diesen ist aber darauf hinzuweisen, dass keines der betrachteten Jahre einen quantitativ besonders ergiebigen inländischen Herbst gebracht hat. Tritt ein solcher, wie kaum ausbleiben wird, wieder ein, so wird derselbe auf den Zolleingang *ceteris paribus* vermindern einwirken.

Aber ganz abgesehen von diesem Moment, ist im allgemeinen klar, dass die gewaltige Vermehrung der Zollergebnisse auf Alkohol, Tabak und Zucker nicht bloss durch die Zunahme der Konsumbevölkerung und die Verbilligung der Weltmarktpreise, sondern auch durch eine zeitweilige Steigerung in der wirtschaftlichen Prosperität weiter Volkskreise bedingt war. Wäre es schon anfechtbar, ein immer gleich starkes Anwachsen der Konsumenten-zahl und ein stetes Billigbleiben der Preise anzunehmen, so erschiene es mir geradezu vermessen, bei der Budgetierung eines Staatshaushaltes, der von Realitäten, nicht von Hoffnungen leben muss, die Zunahme des Wohlstandes als einen konstanten Faktor zu betrachten. Rückschläge im ökonomischen Aufschwung werden schwerlich ausbleiben, und dann wird sich vernünftigerweise — wenn auch vielleicht langsamer, als sachlich geboten wäre — die Anpassung an die veränderte Zeitlage in einer Einschränkung des

Konsums solcher Artikel geltend machen, welche wie Alkohol, Tabak und Zucker nicht zu den absolut erforderlichen Lebensbedürfnissen gehören.

Was nun die zahlreichen andern Artikel des Zollltarifs betrifft, so ist vor allem zu bemerken, dass der oben dargestellte Mehrertrag von 12,815,963 Fr. die Differenz zwischen der Vermehrung und Verminderung verschiedener Zollerträgnisse darstellt. Vermindert haben sich neben den Eingängen auf Baumwolle, Seidenwaren, Guss, Leder, Oel, Schmalz, Käse, Gewürzen und Südfrüchten insbesondere diejenigen auf Vieh. Die Zölle auf eingehendem Vieh (exklusive Pferde) lieferten nämlich, sichtlich beeinflusst durch unsere viehpolizeilichen Massnahmen:

	Jahresergebnis	Verminderung bezw. Vermehrung von Jahr zu Jahr	Verminderung gegenüber dem Betreffnis von 1894
1894	2,387,467		
1895	2,158,122	— 229,345	229,345
1896	1,599,548	— 558,574	787,919
1897	1,708,600	+ 109,052	678,867
1898	1,642,632	— 65,968	744,835
1894/8	9,496,369		2,440,966

Die Mehreinnahmen dagegen betreffen in der Hauptsache das Getreide (Fr. 2,351,400), eine Anzahl Rohstoffe der Industrie, Roheisen, Kupfer, Nutzholz, Glas (Fr. 3,657,004), und endlich eine Serie von Materialien, deren Mehreinfuhr, wie diejenige der oben erwähnten Rohstoffe, offenbar mit der gesteigerten Bau- und Konstruktionsthätigkeit in Zusammenhang steht: schmiedeiserne, kupferne und hölzerne Waren, Zementprodukte, Maschinen und Fahrzeuge (Fr. 4,590,155). Ausserdem wäre nur noch etwa des Papiers als eines Artikels von stark zunehmendem Zollertrag Erwähnung zu thun (Fr. 631,955).

Es ist möglich, dass die Periode unseres Erwerbslebens, welche durch diese Einfuhrvermehrungen charakterisiert wird, noch nicht zu Ende ist und dass daher die Steigerung des Imports und der Zölle auch noch in der nächsten Zukunft anhält. Dagegen darf anderseits als sicher angenommen werden, dass die Rekonstruktionszeit unserer Industrie in absehbarer Frist auch wieder einen gewissen Abschluss finden muss. Man wird nicht immer säen, sondern wohl auch einmal ernten wollen.

Aus diesen Auseinandersetzungen darf nicht gefolgert werden, dass ein Mehrergebnis des Zollertrages im nächsten Jahrfünft über die bundesrätlichen Annahmen hinaus ins Gebiet der absoluten Unmöglichkeiten gehöre. Wohl aber können uns dieselben in der Ueberzeugung bestärken, dass es für den Bundesrat ein einfaches Gebot der Staatsklugheit war, in der Budgetierung von Mehreingängen bei der Zollverwaltung vorsichtig zu rechnen. Einer sichern Ausgabe darf nicht eine rein hypothetische Einnahme entgegengestellt werden. Hier ist gewiss eine gemessene Reserve eher am Platze, als ein Optimismus, der mit Erwartungen anfängt und leicht mit Enttäuschungen endigt.

Ich für mich würde es nicht wagen, die Supposition zu machen, dass unser Volk im nächsten Jahrfünft noch namhaft mehr als die 22 Millionen an Zöllen neu aufbringen werde, welche ihm bereits die bundesrätliche Rechnung dem vorangegangenen Jahrfünft gegenüber zumutet.

Was den Ertrag des Bundesvermögens betrifft, so hängt derselbe von so vielen unbestimmbaren Faktoren ab, dass eine zutreffende Einschätzung desselben schwer ist. Ich habe indessen das Gefühl, der Bundesrat habe hier etwas zu pessimistisch gerechnet. Beim Ertrag der Liegenschaften freilich wird, da es sich in der Hauptsache nur um die Verzinsung des Kapitals der eigenen Verwaltungsanstalten handelt, jeder Mehreingang durch eine entsprechende Mehrausgabe kompensiert werden. Beim Ertrag der Kapitalien aber scheint mir nicht genügend beachtet zu sein, dass der Verminderung des Staatsvermögens, welche aus den Defiziten der Betriebsrechnung resultieren soll, eine Vermehrung aus der freiwilligen Amortisation von Schulden gegenübersteht. Immerhin spielt die ganze Rubrik im Haushalt der Eidgenossenschaft eine relativ so untergeordnete Rolle, dass selbst ein schon nennenswerter Mehrertrag auf das ganze Budget nicht von Einfluss sein wird.

Die Militärflichtersatzsteuer ist an und für sich eine wenig entwicklungsfähige Abgabe. Ein namhafter Mehreingang wäre nur durch Verminderung der Rekruten und entsprechende Vermehrung der Steuerzahler zu erzielen. Auf diesen Punkt wird bei Erörterung der Ausgaben im Militärwesen zurückzukommen sein.

Bei der Post ist der fiskalische Charakter, der ihr durch die Verfassung gegeben ist, durch die Macht der Verhältnisse stark in den Hintergrund gedrängt worden. Die Rücksichten auf die Bedürfnisse des Verkehrs werden hier allseitig als so mass-

gebende betrachtet, dass eine stärkere Betonung des fiskalischen Momentes nirgends ein Echo findet.

Noch kläglicher steht es mit der fiskalischen Ergiebigkeit der Telegraphen- und Telephonverwaltung, wo die Taxreduktionen und die stetig wachsenden Anforderungen für Neueinrichtungen jeden Ertrag aufgezehrt haben.

Die bundesrätlichen Aufstellungen sind bei dieser Verwaltung insofern unrichtig, als die Verzinsung auf Basis einer 15% Kapitalsamortisation aufgebaut ist, während in Wirklichkeit nicht einmal 6% getilgt werden können. Die Korrektur dieses Irrtums ändert aber nichts am Totalergebnis des Zukunftsbudgets, da der Erhöhung der Ausgaben des Telegraphs eine gleich grosse Vermehrung der Einnahmen unter dem Titel »Ertrag der Liegenschaften und Kapitalien« gegenüberstünde. Dagegen würde sich die Rentabilität dieses Zweiges der Bundesverwaltung mit derselben noch schlechter darstellen, als nach der bundesrätlichen Annahme, und dieser Umstand dürfte es wohl rechtfertigen, die Frage einlässlich zu prüfen, ob die Anforderungen des Verkehrs in That und Wahrheit so dringende Befriedigung heischen, dass man an den budgetierten gewaltigen Ausgaben für neue Linien und Apparate keine Abstriche machen dürfte. Es ist dabei freilich nicht zu verkennen, dass die betrachtete staatliche Industrie wie unsere Privatindustrie in einem Uebergangsstadium sich befindet, in welchem auf Grund einer neuen Technik Aufwendungen gemacht werden müssen, deren Rentabilität erst in einer mehr oder minder weit entfernten Zukunft zu erwarten steht. Der Bundesrat nimmt eine solche Untersuchung in Aussicht. Für die Finanzierung der Versicherungsgesetze wird deren Ergebnis, es mag ausfallen wie es will, nicht von entscheidendem Belang sein können.

Im ganzen darf man danach hinsichtlich der auf rund 252 Millionen budgetierten Totaleinnahme wohl auf etwelche Besserstellung hoffen, wird sich aber hüten müssen, diese Hoffnungen schon als einen sichern Faktor zu eskomptieren. Nun zu den Ausgaben.

* * *

Hier scheint es mir im allgemeinen keinem Zweifel unterworfen zu sein, dass durch Vereinfachung und bessere Organisation des Haushaltes auf den veranschlagten 260 $\frac{1}{2}$ Millionen Ersparnisse erzielt werden können. Mir sind in diesem Betracht unter anderm die Erfahrungen begleitend, welche uns unsere grossen

Eisenbahngesellschaften in der Krise zu Ende der Siebzigerjahre an die Hand geben. Der Bundesrat sagt auch in dieser Hinsicht eine Prüfung der Sachlage zu. Dass er die daher zu erzielende Oekonomie nicht beziffert, liegt in der Natur der Sache und ebenso sehr scheint es mir in der Natur der Sache zu liegen, dass die Zahlung der Versicherungsbeiträge nicht auf diese immerhin noch problematische Oekonomie verwiesen werden darf.

Was die Einzelposten betrifft, so richtet sich die Aufmerksamkeit selbstverständlich in erster Linie auf die 139 Millionen, welche das Militärwesen beansprucht.

Die Höhe dieser Ausgabe ist vor allem durch die Rekrutierung bedingt.

Aus der bundesrätlichen Botschaft scheint hervorzugehen, dass der Bundesrat für 1899 mit 17,701, für die folgenden Jahrgänge mit 17,727 Rekruten aller Waffen gerechnet hat. Bestimmte Angaben finde ich nur für die Infanterierekruten.

Nun betrug die Zahl der Diensttauglichen im Mittel der 9 Jahre 1890/98 rund 40% der männlichen Lebendgeborenen der Rekrutierungsjahrgänge 1871/79. Wenn wir diese Proportion auf die 1899/1903 zur Stellung gelangenden Jahrgänge 1880/84 mit 213,123 Lebendgeborenen anwenden, so gelangen wir zu 85,249 Diensttauglichen, also zu 3360 Rekruten weniger, als der Bundesrat supponiert hat. Erwiese sich diese Wahrscheinlichkeit als zutreffend, so würde das Ausgabenbudget des Militärdepartements pro 1899/1903 sich um zirka $3360 > 400 = \text{Fr. } 1,344,000$ reduzieren, eine Reduktion, welche sich indessen nicht einmal auf ganz 1% der Totalausgabe beliefe und deshalb angesichts der Unsicherheit über die übrigen Posten nicht ausschlaggebend in Betracht kommen könnte.

Ergiebigere Ersparnisse wären zu erzielen, wenn die Rekruten durch Erhöhung der sanitarischen Anforderungen namhaft vermindert würden.

Es ist indessen daran zu erinnern, dass schon unter den heutigen Vorschriften im Jahre 1898 fast 54% der im wehrpflichtigen Alter stehenden Männer vom Dienst befreit waren. (Zeitschrift für Sozialwissenschaft. II. Heft 7.)

Nach Kantonen verteilt sich diese Untauglichkeitsziffer wie folgt:

Obwalden, Waadt, Nidwalden, Baselland: 42,9; 44,3; 44,6;
44,0 %.

Schaffhausen, Thurgau, Zug, Neuenburg, Wallis: 49,0; 49,6; 49,9; 49,9; 50,0 %.

Luzern, Glarus, Solothurn, Zürich, Bern: 51,4; 51,8; 51,9; 52,0; 52,4 %.

Innerrhoden, Freiburg, Aargau, Ausserrhoden: 54,1; 55,3; 56,6; 57,0 %.

Genf, Schwyz, St. Gallen, Graubünden, Baselstadt: 57,8; 58,4; 58,5; 59,1; 59,7 %.

Uri, Tessin: 64,1; 81,1 %.

Welche Empfindungen würden unsere Mannschaft beschleichen, wenn diese Verhältnisse aus rein fiskalischen Rücksichten, um Steuerzahler zu schaffen und Soldaten abzuschaffen, noch verschlechtert würden? Mit welchem Gefühle würde sie singen: »Hast noch der Söhne ja, wie sie St. Jakob sah« angesichts der Thatsache, dass in einzelnen Kantonen schon jetzt erst der dritte, ja gar erst der fünfte Mann eines der wichtigsten verfassungsmässigen Rechte ausübt?

Ich halte es dieser Sachlage gegenüber für gerechtfertigt, dass der Bundesrat von einer Aenderung unserer Militärorganisation in dem berührten Punkte nachdrücklich abrät.

Um so freier darf dagegen untersucht werden, ob nicht auf andern Gebieten unseres Heerwesens die beschneidende Scheere anzulegen sei. Die Stimmen mehren sich, welche es für möglich halten, ohne Schwächung unserer Wehrkraft gewisse Ausgaben in engeren Schranken zu halten.

Der zweitgrösste Ausgabeposten betrifft das Departement des Innern und hier vornehmlich das Oberbauinspektorat mit Fr. 28,570,162 und die Direktion der eidgenössischen Bauten mit Fr. 24,191,831.

Beim Oberbauinspektorat handelt es sich in der Hauptsache um gesetzlich festgelegte Subventionen für Eisenbahnen und Gewässerkorrekturen, also um Positionen, an denen im ganzen wenig abzumarken sein wird.

Einige Ersparnisse bei den Wasser- und auch bei den Strassenbauten werden sich bei gutem Willen aller Beteiligten freilich erzielen lassen. Verschiedene derselben sind indessen in nicht geringem Masse im bundesrätlichen Budget bereits berücksichtigt worden, womit nicht gesagt sein soll, dass der Bundesrat in dieser Beziehung nicht noch etwas weiter hätte gehen dürfen.

Eine stärkere Verminderung der Ausgaben liesse sich bei der Direktion der eidgenössischen Bauten herbeiführen. Anläufe hiezu sind ja auch bereits in neuerlichen Beschlüssen der Bundesversammlung genommen worden. Immerhin wird nicht zu vergessen sein, dass ein guter Teil der unter diesem Titel figurierenden Posten Restzahlungen für bereits in Angriff genommene Unternehmungen oder Leistungen für bereits beschlossene Bauten angeht und dass auch dem Versuch auf Reduktion anderer, weniger fest engagierter Posten nicht ohne Erfolg die Liberalität der Präcedenzfälle wird entgegengehalten werden.

Auch im staatlichen Leben ist die vis inertiae eine nicht zu unterschätzende Kraft.

Eine fernere grössere Ausgabenrubrik ist das Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsdepartement. Bei diesem ist eine einigermaßen zutreffende Budgetierung schwierig, weil ein erklecklicher Teil der Aufwendungen von entsprechenden Leistungen der Kantone abhängig ist. Auf manchen Positionen wäre aber sicher auch hier ein grösseres Masshalten angezeigt. Allerdings würden wesentliche Einschränkungen störend auf bestehende Anstalten, wie auf die kantonalen Staatsrechnungen einwirken, eine Störung, die um so tiefer empfunden würde, als nicht wenige der in Betracht kommenden Unterstützungen, namentlich im Bildungswesen, geradezu vortreffliche Verwendungen darstellen.

Was endlich die Amortisation und Verzinsung betrifft, so könnte bei diesem Titel einzig die freiwillige Amortisation von jährlich 1 Million Anfechtung erleiden. Angesichts des in der betrachteten Periode im Grunde recht bescheidenen Masses der obligatorischen Schuldentilgung wird indessen die Klugheit gebieten, den vorsorglichen Bemühungen der Bundesregierung zur Verminderung der Passiven nicht entgegenzutreten.

* * *

Alles in allem genommen, glaube ich eine genügende Dosis Optimismus zu bekunden, wenn ich in Zusammenfassung des Angebrachten annehme, dass das vereinte Wirken aller Faktoren dahin führen werde, das vom Bundesrate ausgerechnete Defizit von $8\frac{1}{2}$ Millionen Franken zu beseitigen, vielleicht sogar, wenn sich die Zollintraden wider Erwarten noch mehr, als supponiert werden durfte, steigern, einen bescheidenen Ueberschuss zu erzielen.

Damit ist aber die Versicherung noch nicht finanziert.

Meines Wissens hat sich auch bis jetzt noch niemand gefunden, der den Satz vertreten hätte, dass diese Finanzierung ohne Erhöhung der bestehenden Steuern auf eine irgend längere Dauer gesichert werden könne. Wohl aber wird vielfach die Auffassung vertreten, dass die stärkere Inanspruchnahme der vorhandenen verfassungsmässigen Finanzquellen in Verbindung mit einer energischen Sparpolitik zu dieser Finanzierung ausreichen werde.

Neben den Finanzmitteln des Bundes, deren Ergebnisse im Zukunftsbudget figurieren, kennt die Verfassung nur noch die kantonalen Kontingente. Vor Schweizern ist es kaum nötig, zu begründen, dass an den Einzug kantonaler Beiträge an den Bundesfiskus höchstens in Zeiten der äussersten Not gedacht werden kann. Einer solchen Inanspruchnahme der Kantone stehen nicht bloss die Hindernisse einer befriedigenden gesetzlichen Regulierung entgegen, sondern das thatsächliche Unvermögen der Kantone, aus ihren Budgets ohne Beeinträchtigung der vitalsten Eigeninteressen Gelder für den Bund flüssig zu machen. Der Gedanke an Einhebung kantonaler Kontingentsgelder ist denn auch in Zusammenhang mit der jetzigen Finanzfrage nirgends laut geworden. Vielmehr konzentrieren sich alle Vorschläge, welche auf die bestehende Verfassung abstellen, auf das stärkere Anziehen der Zollschraube, namentlich auf den Ablauf der Handelsverträge hin, also auf das Jahr 1903.

Nun werden sich gewiss vor und nach diesem Zeitpunkte Tendenzen auf Steigerung unserer Zollsätze, ja selbst hochschutzzöllnerische Bestrebungen aller Art geltend machen und zum Teil wohl auch Befriedigung finden.

Dagegen ist vor allem nicht aus den Augen zu verlieren, dass wir auch nach Kündigung der Handelsverträge in unsern Entschliessungen nicht absolut frei sind. Als Glied der Weltwirtschaft kann unser Land so wenig als andere Staaten in gleicher Stellung eine durchaus selbständige Zollpolitik verfolgen.

Was sodann zunächst die Gesamtmasse der verschiedenen Zollpositionen anbelangt, deren Ertrag ich oben demjenigen der drei Artikel Alkohol, Tabak und Zucker gegenüber gestellt habe, so ist klar, dass sich bei Erhöhung der Zollsätze im grossen Ganzen, das heisst abgesehen von Artikeln, die wir nicht selbst produzieren (z. B. Kaffee, Petroleum), nur zwei Eventualitäten ergeben können.

Entweder die neuen Zollsätze erweisen sich als wirkliche Schutzzölle. Dann wird die Einfuhr der betreffenden Waren aufhören oder doch stark beschränkt werden. In diesem Falle würde auch der Ertrag, selbst der gesteigerten Zollsätze, zurückgehen. Oder aber die letztern vermögen unsere heimische Produktion nicht zu schützen. Dann werden sie, so lange und soweit als nicht Konsumverminderungen infolge der grössern Belastung eintreten, freilich als ergiebige Finanzzölle wirken. Als solche stünden sie aber für die meisten Artikel nicht nur im Widerspruch zum Geist unserer Verfassung, sondern unser Volk, das bereits jetzt pro Kopf 17 Fr. jährlich an Zöllen aufbringt, würde sie überhaupt auf die Dauer ohne Schaden für seine innere und äussere Wirtschaft nicht tragen können und noch weniger tragen wollen. Würden dieselben doch und zwar gerade in den ertragreichsten Positionen nichts anderes sein, als irrationelle, auf dem nötigsten Lebensbedarf liegende Kopfsteuern.

Vor die Wahl gestellt, ob es solche Steuern einer zweckmässigen fiskalischen Ausbeutung der relativ entbehrlichen Genussmittel, selbst in Form des Monopols, vorziehe, wird unser Volk in seiner grossen Mehrheit unzweifelhaft den Entscheid zu Gunsten des zweiten Systemes fällen.

Besser liessen sich an und für sich höhere Zölle auf den Genussmitteln Alkohol, Tabak und Zucker, welche schon jetzt den relativ grössten Teil der Zolleinnahme liefern, rechtfertigen. Gegen eine solche Zollerhöhung sprechen indessen wieder Erwägungen anderer Ordnung.

Die Steigerung der Bierzölle würde nichts einbringen, da der Import schon jetzt verhältnismässig sehr klein ist; dieselbe würde bei ungerechtfertigter Bereicherung der Produzenten nur die Verteuerung eines Getränkes bewirken, das die ihm zufallende Rolle im Kampfe gegen den Branntwein bloss bei niedrigem Preise spielen kann.

Die Heraufsetzung der Branntweinzölle würde in der Hauptsache die Alkoholverwaltung, d. h. die Kantone belasten. Gegen eine ausgleichende Erhöhung der Monopolverkaufspreise spricht aber neben anderen Bedenken schon der Umstand, dass damit, ohne Nutzen für den Fiskus, die Hygiene und die am Kartoffelbau interessierte Landwirtschaft, eine Zunahme in der Produktion der monopolfrei gelassenen Spirituosen herbeigeführt würde.

Die Aufhebung des Privilegs der Monopolfreiheit gewisser Branntweine aber würde nicht nur eine Verfassungsrevision be-

dingen, sondern auch materiell den grössten Schwierigkeiten begegnen.

Was den Zoll auf Wein betrifft, so würde eine wesentliche Verstärkung desselben einmal vom Standpunkte der Alkoholfrage aus ähnlichen Bedenken ausgesetzt sein, wie eine hohe Verzollung des Bieres. Die Verbilligung der Weine hat mit dazu beigetragen, dass der Branntweinkonsum eingedämmt werden konnte. Sodann aber bildet die Position Wein unsern wichtigsten Kampfpunkt bei den Handelsvertragsunterhandlungen. Kampfpunkte sind ihrem Wesen nach dazu da, gegen entsprechende Kompensationen auf andern Artikeln geopfert zu werden. Was unter diesen Verhältnissen von dem erhöhten Weinzoll noch übrig bleiben wird, entzieht sich vollständig unserer heutigen Beurteilung, kann also nicht als sicherer Faktor in ein Zukunftsbudget eingestellt werden.

Eine namhaft höhere Verzollung von Tabak und Zucker endlich würde eine Zunahme der Inlandsproduktion und eine Abnahme des Konsums im Gefolge haben und damit unter Schmälerung der Verzollungsquanta und des Zollertrags einer rationellen Gesamtbesteuerung dieser Artikel die Wege versperren. Auch wäre sie angesichts unseres Exports nur mit der belästigenden und für den Fiskus schädigenden Einrichtung der Rückzölle durchführbar. Wollte man zur Hintanhaltung der Inlandsproduktion vorbeugend die Besteuerung der einheimischen Erzeugung vorbehalten, so bedürfte es hierfür einer Verfassungsrevision, welche annähernd die gleichen Schwierigkeiten böte, wie die unmittelbare Einführung einer vollständigen Konsumsteuer.

Wenn ich deshalb wohl glauben kann, dass die Zollpolitik von 1903 uns wieder vermehrte Intraden bringen wird, so bin ich doch nicht überzeugt, dass diese Mehreinnahme als so gross und namentlich als so sicher betrachtet werden darf, dass sie als Mittel zur Finanzierung der Versicherungsgesetze zu beanspruchen ist.

Wollte ich aber auch für einen Augenblick, das Unmögliche voraussetzend, annehmen, dass vermehrte Einnahmen aus den geltenden Steuerpositionen und verminderte Ausgaben im gegenwärtigen Staatshaushalte imstande wären, diese Finanzierung ausser allen Zweifel zu stellen, so schiene mir damit nicht viel gewonnen. Denn ein solches Ergebnis wäre nur denkbar, wenn alle andern Staatsaufgaben, die noch der Erledigung harren, vor der Versicherung zurücktreten würden. Man mag nun aber den sozialen Wert der letzteren noch so hoch einschätzen, so scheint es mir doch nicht angängig, ihretwegen das ganze Staatsleben auf

Jahre hinaus einfrieren zu lassen. Nicht nur liegen bereits bestimmte wichtige Fragen anderer Ordnung zur Lösung vor, sondern es werden noch weitere in absehbarer Zeit auftauchen. Auch die Versicherung selbst ist mit der heutigen Vorlage nicht abgeschlossen. Wir werden weder auf den weitem Ausbau der letztern, speziell durch Versicherung gegen die Folgen von Berufskrankheiten, noch auf die Krönung des Gebäudes durch Einführung der allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung verzichten wollen.

Uebrigens ist eine zu ausgesprochene Konzentration auf die jetzt vorliegenden Versicherungsgesetze mit Zurückstellung aller andern Postulate nicht einmal im Interesse der ersteren. Alle die Vielen, welche auf die Erledigung anderer Fragen warten, werden das Versicherungswerk als einen Hemmschuh ihrer besonderen Bestrebungen ansehen und ihm deshalb bei einem Referendum ein Ja versagen, das sie sonst zu geben bereit gewesen wären.

Dazu kommt noch eine andere Erwägung. Ich habe bisher nur vom Bund und von den Bundesfinanzen gesprochen. Es muss aber auch von den Kantonen die Rede sein.

Der Gedanke, die Kantone abzuschaffen oder in Statthaltereien des Bundes zu verwandeln, kann nur im Kopf des Doctrinärs Platz finden. Auch derjenige, der auf Gebieten, wo die kantonalen Grenzen der Natur der Sache nach zu enge sind, wie z. B. in allem, was das Militärwesen, den Verkehr etc. angeht, für Zentralisation in der Hand des Bundes eintritt, wird zugeben, dass es Seiten des staatlichen Lebens giebt, deren Pflege besser der kantonalen Obhut anheimgestellt bleibt, ja anheimgestellt bleiben muss, soll anders unser Land seine historische Aufgabe richtig erfüllen, eine gesunde Demokratie zu sein. Die Zentralisation sans phrase würde unsern Staat schwächen, nicht stärken. Die Kantone sind was bei einem Kriegsschiff die Sicherheitskammern. Wäre das Schiff nur ein einziger Hohlraum, so würde jeder wohlgezielte Schuss es zum Sinken bringen. Geht dieser aber nur in eine der selbständigen Kammern, so sind noch die 24 andern da, um das Fahrzeug flott zu erhalten.

Deshalb wird auch der Zentralist an unserm kantonalen Wesen über das sachlich Gebotene hinaus nicht rütteln wollen, vielmehr eher wünschen müssen, dass das Verhältnis von Bund und Kanton sich zu einer noch organischeren Verbindung ausgestalte, als bis jetzt der Fall war.

Nun sind aber die Kantone zur Erfüllung ihrer Aufgabe

auch nur bei geordneten Finanzen befähigt. Hier aber ist auf zweierlei hinzuweisen.

Von den rund 150,000,000 Fr., welche die Schweiz jährlich an Steuern aufbringt, entfällt nur etwa $\frac{1}{3}$ auf den Bund. Die 100 Millionen, welche Kantone und Gemeinden beziehen, rühren aber in der Hauptsache aus sogenannten direkten Steuern her. Es ist kein Geheimnis, dass viele Kantone mit der Höhe dieser direkten Besteuerung an der Grenze des Möglichen angelangt sind. Werden die bezüglichen Gesetze in Revision gezogen, so kann es sich nicht mehr sowohl um eine Steigerung des Gesamtertrages, als um eine von sozialen Gesichtspunkten beherrschte Aenderung in der Verteilung der Steuerlast handeln.

Zur Einhebung indirekter Steuern, welche in die Lücke treten könnten, sind die meisten Kantone gar nicht, andere in sehr beschränktem Masse eingerichtet, während der Bund relativ leicht und unter viel geringeren Erhebungskosten selbst starke indirekte Steuern zu beziehen vermöchte.

Bei dieser Sachlage drängt sich von selbst der Gedanke auf, die kantonalen Fisci an den Erträgen neuer indirekter Bundessteuern teilnehmen zu lassen.

Nicht um einen kriegesischen Beutezug der Kantone in verfassungsgemäss bereits abgesteckte Gebiete des Bundes handelt es sich dabei, sondern um eine friedlich-schiedliche Abgrenzung der gegenseitigen Verwaltungssphäre und um eine vernünftige Teilung des noch freien Steuerbodens.

Anfänge hiezu liegen bereits in der Alkoholbesteuerung vor, und wenn der Bundesrat heute für die Tabakbesteuerung Aehnliches in Anregung bringt, so würde man unsern höchsten Magistraten Unrecht thun, wollte man annehmen, dass ihr Vorschlag nur ein »geschickter Zug«, also eine Art politischer Bauernfängerei sei und nicht vielmehr vor Allem der Erkenntnis entspringe, dass das Interesse des Landes als eines Ganzen diese Massnahme als zeitgemäss erscheinen lasse.

Diese Erwägungen alle drängen aber dahin, bei Zeiten neue Finanzquellen des Bundes zu öffnen. Die Aufgabe ist nicht leicht. Ihre Lösung wird Jahre beanspruchen. Deshalb könnte nur eine Politik, welche grundsätzlich blos von der Hand in den Mund leben will, die Inangriffnahme derselben hinausschieben. Selbst wenn ein erster Anlauf misslänge, so wäre die aufgewendete Mühe nicht verloren; sie würde mindestens den Vorteil haben, deutlich den Weg zu zeigen, den unser Volk gehen will.

Welche neue Einnahme nun aber würde anzustreben sein?

Es ist hier nicht der Ort, auf die Kontroversen über direkte und indirekte Besteuerung einzutreten. Gelehrter Doktrinarismus und einseitige Parteipolitik haben den Wert der ersteren vielfach überschätzt, die Praxis aber ist vorgängig aller Wissenschaft dazu gelangt, das Richtige in einer Mischung beider Steuerformen zu suchen und die Mängel der einen durch die Vorzüge der andern auszugleichen. Dieses Verfahren hat heute in den meisten Ländern auch den nachträglichen Segen der Theorie erhalten.

In unsern Verhältnissen ist die Wahl eine gegebene. Wie die Kantone zur rationellen Erhebung ertragreicher indirekter Steuern nicht eingerichtet sind, so ist die Organisation des Bundes schlecht geeignet, ein System direkter Steuern einwandfrei zur Anwendung zu bringen. Unsere ganze Konstitution überbindet daher die Pflege der direkten Besteuerung den Kantonen, diejenige der indirekten der Eidgenossenschaft.

Wenn nun die Frage aufgeworfen wird, welche indirekte Steuern der Bund am richtigsten einführe, so richtet sich der Blick ungesucht vor allem auf die Konsumsteuern und unter diesen fürnemlich auf die Besteuerung der Genussmittel. An eine fiskalisch ergiebige Ausnützung der notwendigen Lebensmittel ist so wenig zu denken, dass ich die Erörterung einer solchen füglich bei Seite lassen kann.

Unter den Genussmitteln aber stehen, wie bei der Verzollung, Branntwein, Wein, Bier, Zucker und Tabak im Vordergrunde.

Der Branntwein ist bereits zu Gunsten der Kantone monopolisiert, fällt also ohne weiteres als Finanzmittel des Bundes ausser Betracht.

Was die Biersteuer betrifft, so halte ich es nicht für nötig, dieselbe hier zu besprechen. Der Bundesrat hat sie in seiner Botschaft vom 26. Mai mit so einlässlicher Begründung abgelehnt, dass ich bei Erörterung derselben nur bereits Gesagtes wiederholen müsste, umsomehr, als ich selbst in einem Gutachten an das eidgen. Finanzdepartement aus gleichen Motiven zur Bekämpfung der Bierbesteuerung gelangt bin. Im Uebrigen hat sich seit dem Erscheinen der Botschaft Niemand mehr stark für diese Steuer erwärmt, wohl aber sind in der Presse und in Versammlungen energische Stimmen gegen dieselbe laut geworden.

Gegen die Besteuerung des Weinkonsums spricht eine ganze Reihe der Gründe, welche gegen die Besteuerung des Bieres geltend zu machen sind. Allein auch abgesehen hievon, ist eine

wirklich gerechte Heranziehung des Weines steuertechnisch so schwierig, dass schon das den Gedanken einer eidgenössischen Weinststeuer im Keime ersticken muss. Eine derartige Steuer ist auch von keiner Seite proponiert worden.

Unter den verbleibenden Artikeln Zucker und Tabak wird die Wahl auf den Tabak fallen müssen. Ausschlaggebend ist für sich allein schon der Umstand, dass der Zucker nicht bloss Genuss-, sondern auch Nahrungsmittel ist, während der Tabak nur die erste Eigenschaft hat. Dazu kommt, dass der Zucker schon jetzt $2\frac{1}{2}$ mal stärker belastet ist, als der Tabak. Dieser letztere ist überhaupt in seiner grossen Steuerfähigkeit bei uns zu wenig ausgenützt. Nach der an anderer Stelle wiedergegebenen Tabelle zählt dieses entbehrlichste aller Genussmittel — die kantonalen Steuern sind nicht der Rede wert — in Form des Zolles jährlich nur 1,870,500 Fr., während z. B. eines der notwendigsten Bedürfnisse, das Salz, annähernd das Doppelte dieses Betrages zu tragen hat. Der Tabakgenuss ist zudem nicht nur entbehrlich, sondern in gewisser Beziehung geradezu gesundheitsschädlich. Eine orientalische Sage sagt uns, dass Mohamed, der einer vor Kälte erstarrten Schlange das Leben gerettet hatte, von dieser aber trotzdem gebissen wurde, die Wunde ausgesogen und das Gift ausgespien habe. An der Stelle spross dann die Tabakpflanze empor, die Barmherzigkeit des Propheten und die Giftigkeit des Schlangenbisses in sich vereinigend. Der Tabak kann aber nicht nur seiner relativen Entbehrlichkeit wegen, einer Entbehrlichkeit, welche die Uebernahme der Steuerlast zu einer freiwilligen macht, mehr »bluten«, sondern auch noch darum, weil die Tabaksteuer im Ganzen nur die erwachsenen Männer trifft, also von einer anfechtbaren Kopfsteuer unter allen Konsumsteuern am weitesten entfernt ist. Dazu kommt, dass die Tabaksteuer wie keine andere Verbrauchssteuer, nach der Qualität sich abstufen lässt, also die Grundanforderung an eine gerechte Steuer, die Belastung nach der individuellen Leistungsfähigkeit, in geradezu idealer Weise zu verwirklichen gestattet. Im weitern ist zu berücksichtigen, dass der Tabakkonsum viel gleichmässiger über das Land verbreitet ist, als der Verbrauch von geistigen Getränken oder Zucker, also bei der steuerlichen Erfassung des erstern die einzelnen Landesteile in einem zutreffenderen Verhältnis zur Beitragsleistung herangezogen werden. Auch gewährt die Tabakbesteuerung, wenigstens in der Monopolform, die Möglichkeit, bei viel mässigerer Belastung des Konsums grössere Erträge zu

erzielen, als andere Verbrauchssteuern sie zu liefern vermögen. Endlich bietet sie, wie die Erfahrung anderer Staaten zeigt, eine wesentlich grössere Entwicklungsfähigkeit und ist damit wirklich das, als was sie vielfach angesprochen wird, das ultimum refugium in Zeiten der Not.

Aus dem Angeführten ergibt sich mir, vom Standpunkt des Bundes, wie der Kantone aus betrachtet, die Wünschbarkeit einer stärkern fiskalischen Ausbeutung des Tabakkonsums von Bundeswegen.

Bevor ich der weitem Frage näher trete, in welcher Form eine derartige eidgenössische Mehrbelastung am zweckmässigsten zu verwirklichen wäre, erachte ich es für geboten, einige historische Angaben über den Tabak und die Stellung der öffentlichen Gewalten zu demselben, speziell in der Schweiz, einzuflechten.

* * *

Eine erschöpfende Geschichte des Tabaks ist bis jetzt so wenig geschrieben, als eine erschöpfende Geschichte des Branntweins.

Tabak und Branntwein haben beide im Haushalt der Menschen offenbar viel früher, als allgemein angenommen wird, eine Stellung inne gehabt. In unserem Kulturkreis freilich scheinen beide erst seit wenigen Jahrhunderten Bedeutung erlangt zu haben. Hier wurde auch beiden ungefähr das gleiche Schicksal zu Teil.

Ursprünglich bloss als Heilmittel empfohlen und gebraucht, werden Tabak und Branntwein in immer wachsendem Masse allgemeine Genussmittel. Gegen die Ausbreitung als solches schreiten die weltlichen und geistlichen Obrigkeiten aus Gründen verschiedener Art mit mehr oder minder weitgehenden und mehr oder minder scharfen Verboten ein. Die Verbotspolitik erweist sich aber auf die Dauer überall als wirkungslos. An ihre Stelle tritt die Steuerpolitik, verbunden mit dem Bestreben, das nationale Gewerbe, den Anbau, die Verarbeitung und den Handel nach Möglichkeit zu schützen und zu fördern. Bei der Ausbildung dieser Steuer- und Schutzmassregeln sodann kommen allmählig soziale Gesichtspunkte zur Geltung, welche vorwiegend im gesundheitlichen Interesse auf eine Beschränkung des Gebrauchs, ja sogar wieder auf ein Verbot desselben hinzielen.

In dieser Phase der Entwicklung stehen wir heute. In derselben ist die Behandlung des Tabaks von derjenigen des Branntweins einstweilen noch darin verschieden, dass dem letztern gegenüber das Streben nach Minderung oder Hinderung des Konsums viel allgemeiner anerkannt und verwirklicht ist. Dieser Unter-

schied in der Behandlungsweise erklärt sich nicht einzig aus der herrschenden Ueberzeugung von der grössern Schädlichkeit des Genusses der gebrannten Wasser, auch nicht bloss aus dem Umstande, dass dem Brantweinrinker in Wein, Bier und Most harmlosere Getränke als Ersatz geboten werden können, sondern wohl zu nicht kleinem Teile daraus, dass der Brantwein nicht Heil- und Genussmittel geblieben, sondern darüber hinaus zu einem wichtigen Hilfsmittel der Technik geworden ist. Die Bekämpfung eines weit verbreiteten Genussmittels wird naturgemäss durch das Vorhandensein mächtiger Interessen der Produktion und des Handels erschwert. Beim Brantwein finden diese Interessen in der unbehinderten Erzeugung und im freien Verkauf der Produkte zu technischem Gebrauch für die Beeinträchtigung des Verkehrs in den Produkten zum Trinkgebrauch eine Kompensation, welche beim Tabak nur in verschwindend kleinem Masse gegeben ist und bei dem heutigen Stand der Dinge nicht ausgiebiger geboten werden kann.

* * *

Nach der geltenden Anschauung ist das Aufkommen des Tabakgenusses und in seinem Gefolge des Tabakbaues und der Tabakfabrikation in Europa auf die Entdeckung Amerika's zu Ende des XV. Jahrhunderts und auf den bald darauf stattfindenden Import amerikanischer Tabake zurückzuführen.

Ist diese Annahme richtig, so müssen wir ebensowohl über die verhältnismässig rasche Reception des bisher ungekannten Bedürfnisses, als über das industrielle Genie jener Zeiten staunen, welches in den am amerikanischem Handel zunächst beteiligten Staaten dem neuen Rohstoffe durch äusserst komplizierte Fabrikationsmethoden in kürzester Frist so mannigfaltige und dessen Heimat durchaus fremde Genussformen zu geben wusste.

In der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts war der Gebrauch des Tabaks als Genussmittel speziell bei den seefahrenden Völkern Europas bereits stark im Schwunge. Dagegen scheint die Gewohnheit bei den am Seeverkehr nicht direkt interessierten Nationen unseres Erdteils ziemlich viel später, das Rauchen insbesondere wohl erst im Verlauf des 30jährigen Krieges allgemeine Aufnahme gefunden zu haben.¹⁾ Hohe Gönner, Fürsten und

¹⁾ Der Berner Chorweibel Hans Jakob Dünz, ein fröhlicher Gelegenheits-Dichter und -Zeichner, verziert sein „Lochrodel“ beim Eintrag des Pfarrherrn

Leuchten der Wissenschaft ebneten dem Tabak die Wege. Anfangs überwog die Verwendung desselben zu Heilzwecken. Aber »die Europäer« schreibt 1713 Dr. G. D. Thebesius, »bleiben nicht in den Schranken der Mässigkeit und seines rechten Nutzen, sondern machen ihn zu einer Panacæa, da er nach ihrer Phantasie jederzeit gut sein soll, da doch öfters contraire Würckungen daraus erfolgen; im Sommer rauchen sie ihn vor die Hitze, im Winter soll er erwärmen: bald soll er den Schlaf hindern, einem andern hingegen den Schlaf zu wege bringen; jetzt soll er den Durst, bald den Hunger stillen; einem andern den Appetit erwecken; denen meisten aber dienet er zum Zeitvertreib, und wird von vielen als eine sonderbare Delicatesse hoch geachtet.«

Gegen diese missbräuchliche Verwendung eines Heilkrautes erhoben sich denn auch bald die Kritiken der Wissenschaft, die Mahnungen der Hüter der Moral und der Eifer der öffentlichen Polizei. Insbesondere wurde dem Rauchen der Krieg erklärt. Die Gründe dieser veränderten Haltung waren mannigfacher Art. Vor Allem machte man bei aller, geradezu überschwänglichen Anerkennung des medizinischen Gebrauchs des Tabaks die Schädlichkeit des gewohnheitsmässigen Genusses geltend. Dieser wurde deswegen als ein überflüssiger, ökonomisch, moralisch und religiös nicht zu rechtfertigender Luxus namentlich der untern Klassen bezeichnet und mit der allgemeinen Verwilderung der Sitten in Zusammenhang gebracht. Auch beklagte man, soweit ausschliesslich oder vorwiegend ausländisches Produkt in Betracht fiel, die unnötige Geldausfuhr. Wo aber Tabak im Land gebaut wurde, erhob sich der Einwand, dass dieses Unkraut nützlicherem Gewächs, insbesondere dem Getreide, den Boden vorwegnehme. Da und dort lag dieser Beschwerde wohl auch das Interesse Derer zu Grunde, welche durch die neue Kultur ihre Einkünfte an Zehnten und Gülten bedroht sahen. Gegen das Rauchen speziell wurde noch die Feuersgefährlichkeit ins Feld geführt.

Unter den Schriften wider das Tabakrauchen hat wohl der 1604 erschienene Misokapnus des englischen Königs Jakob I. den weitesttragenden Einfluss geübt. Der »Rauchfeind« des gelehrten Herrschers gemahnt, wie die ganze Antitabakliteratur überhaupt, in der Beweisführung und im Ton auf jeder Seite an das moderne Schrifttum gegen den Alkohol.

von Guggisberg, Urs Wolf, mit einer Skizze, auf der man den gethürmten Seelsorger, von Narr und Teufel flankiert, aus einer gewaltigen Pfeife rauchen sieht, (März, 1646).

Auch die begeisterte und begeisternde Siegeszuversicht unserer heutigen Alkoholprohibitionisten ist dem Verfasser des Misokapnus eigen. Freilich hat eine 300jährige Erfahrung gezeigt, dass der fürstliche Autor irrte und den Einfluss von Beispiel und Gewohnheit weit unterschätzte, als er schrieb: Da der Gegenstand meiner Betrachtung bloss Rauch ist, so wird, denke ich, der Dust eines müssigen Gehirns zur Vernichtung eines so luftigen und schwachen Feindes mehr als ausreichen. Anders urteilt der bereits erwähnte Thebesius. Haltet er doch davor, dass nunmehr der Gebrauch des Tabaks, so lange die Welt stehet, nicht ab-, sondern vielmehr zunehmen wird.

Nach Jakob I brauchen die Indianer den Tabak als Heilmittel gegen die Pocken. Diesen Wilden verdanken wir, wie die Krankheit selbst, auch ihr angebliches Antidot. Der König findet es erniedrigend und beschämend, dass ein zivilisiertes Volk, wie seine Engländer, den schmutzigen Brauch von Barbaren, den Sklaven der Spanier, nachäfft. Er bestreitet die Haltbarkeit der aus der Theorie und Praxis entnommenen Gründe, welche für das Rauchen geltend gemacht zu werden pflegen: die wohlthätige Wirkung auf das Gehirn und die Lebensfunktionen überhaupt, die guten Erfahrungen der Heilkundigen und die Volksüberzeugung von der Nützlichkeit des Tabaksgenusses. Besonders macht er sich über die Aerzte lustig, welche die ihrem Wesen nach entgegengesetztesten Krankheiten mit einem und demselben Universalmittel, dem Tabak, zu heilen vorgeben, welche denselben gegen alle denkbaren Leiden verordnen, nur gegen eines nicht, die Pocken, also gerade gegen das Uebel, welches die Ureinwohner der neuen Welt mit der Wunderpflanze bekämpfen. Er mahnet sein Volk in heiligem Eifer, dass es Person und Gut dem allgemeinen Wohle, welchem es beides schulde, nicht in sündiger Lust entziehen solle.

* * *

Bei uns in der Schweiz ist der Tabak in den 60er Jahren des XVI. Jahrhunderts sicher bereits bekannt gewesen. Denn um diese Zeit herum sandte der Augsburger Stadtphysikus Dr. Occo Blätter, die er für Tabakblätter hielt, unserm Konrad von Gessner, »dem deutschen Plinius«, zur Beurteilung nach Zürich. Letzterer schrieb deswegen an den gelehrten Professor Aretius in Bern (Marti von Bätterkinden), den Einzigen, von dem er, wie er sagte, in der Naturkunde noch etwas lernen könne. Aretius schickte als Antwort eine Zeichnung der Tabakblätter, die er in

seinem Garten gezogen hatte; aus dieser bestimmte Gessner die Sendung Occo's als Tabak. Auch von Renward Cysat, dem Stadtschreiber von Luzern (1545—1614), haben wir einen Bericht über den Heilwert der Pflanze.

Im Arzneischatz hat sich das Folium Nicotianae seit jenen Tagen bis in die unsrigen hinein erhalten.

Dagegen vergieng offenbar geraume Zeit, ehe der Tabak in der Schweiz als Genussmittel in allgemeinen Gebrauch kam, und erst um die Mitte des XVII. Jahrhunderts sahen sich unsere Behörden veranlasst, mit Bezug auf diesen Gebrauch Massnahmen zu ergreifen.

Dem Handel folgten langsam Anbau und Fabrikation.

Noch 1643 verweigert Basels Rat dem Tabakmacher Mongin Piergot aus Dammartin (Lothringen) das Bürgerrecht, »weil man dieses Handwerk allhie ganz nicht bedarf.«

1670 besass Basel Tabakfabriken. Um dieselbe Zeit wurde in Kleinhüningen, bei Sissach und in Witisburg Tabak gepflanzt. Ein im Juli 1685 erlassenes Anbauverbot blieb nicht aufrecht. Damals meldete der Landvogt, ein Thomen in Witisburg, der Tabak baue, habe daraus so geringen Nutzen erzielt, dass er von selbst aufhören werde.

Nach Peter Ochs findet sich keine Spur, dass Basel das Schnupfen je untersagt habe. Wohl aber bildete das Rauchen den Gegenstand wiederholter Verbote. Das erste derselben, vom August 1650, betrifft das Tabaktrinken in den Scheunen. Im Januar 1652 ergeht der allgemeine Befehl, bei zwei Gulden Strafe des Tabaktrinkens müssig zu gehen. Ein Jahr später wird erkannt, dass das Tabaktrinken aller Orten, besonders unter den Thoren, abgeschafft werden solle.

Im Oktober 1654 wird das Verbot erfrischt, jedoch durch den Zusatz abgeschwächt, »und die so an gefährlichen Orten Tabak trinken, zur Strafe gezogen werden.« Bis 1672 ergingen noch vier Erlasse wider das Rauchen.

Schon deren häufige Erneuerung spricht gegen eine gute Beobachtung derselben; sie waren auch um so wirkungsloser, als sie mit den kommerziellen und industriellen Interessen Basels in Widerspruch standen. Nicht viel grösserer Erfolg wurde freilich den andern Ständen zu teil.

Auf Anregung Berns, das für sein Gebiet schon 1659 gegen das Rauchen eingeschritten war, beschäftigte sich auch die

Tagsatzung mit der Sache. Die erste Anordnung findet sich in den Akten von 1670. Das damals ad referendum genommene Verbot wurde 1671, 1672, 1674 und 1675 wiederholt. Vergebens. Die Beschlüsse selbst lassen durchblicken, das Rauchen habe bereits eine solche Verbreitung gefunden, dass dessen Unterdrückung wohl kaum mehr möglich sein werde.

Den eidgenössischen Anordnungen gegenüber behielt Basel seine ausländische Fabrikation, das freye commercium in seiner Statt und anderstwhin, so die Eydtnosschaft nit berührt, namentlich nach Frankreich und Italien, und den Transit durch das schweizerische Gebiet ausdrücklich vor.

Die Tagsatzungsprotokolle enthalten darüber folgende Einträge:

1670 November. In alle Orth.

Obwohlen verschiner Jahrrechnung durch Mandata aller Orthten dass schedliche Tabactrinckhen verboten worden, erfahrt man jedoch dass widerspil, und dass ess dem Befinden nach schwerlich zue entwehren sein werde. Nichts desto weniger habendt Wir de novo verabschiedet hiervon nit ausszuesetzen, und so vil möglich abzuehalten, und ess ad referendum genommen; unsere E. lobl. Statt Basel, denen der Verkauf des Tabakhs verwisen worden, habendt sich entschuldiget; hetten vor demme Ihnen dass Fabricieren dess Tabacs zwahr reserviert, liessen aber gleichwol denselben in Ihrer Landtschafft nit gebrauchen, die Kauffleuth, so denselben bey Ihnen erhandlen, weren Ihnen nit bekant, sonder ess möchtent selbige Handelsleuth von Ihrer Oberkeit, dahin der Tabac verfertiget wird, abgestrafft, und der Abgang, oder gebrauch desse verboten, und abgestellt werden.

1671 Sonntag d. 6 July (Anfang d. Jahrrechnung.)

Wir haben auch auff Erinnerung vorgehender Abscheiden, und bereiths durch öffentliche Manifest gethane Verbotten mit Bedauern einanderen berichten müssen, dass der schedliche Trinktabakh noch immerzue gleichsamb in allen unseren Orthten im Schwung, dardurch nit allein der gemeine Man sein Gelt unnütz anwendt, sonder desswegen vil leidige Exempel durch Brunsten vorgangen, und noch fürbass zue besorgen were, demme nun vorzuesein, haben wir dise ernstliche einhellige Meinung abgefasset, dass solcher Trincktabakh, sowol den Kauff- und Handelsleuthen in die eydtgnössische Land zueführen, und noch bey kleiner noch grosser Quantitet zue verkauffen, bey der Con-

fiscation und anderer Straaff, auch jeden Inwohneren bey Aufsetzer ieder Oberkeith beliebiger buess zue gebrauchen allenlichen verboten sein solle. Darbey die H.H. Ehrengesandte unserer G. L. E. der Statt Basel, allwo dises Tabakhs der Zeit sehr vil fabriciret wird, sich dahin eröffnet, dass seye die Confiscation, und andere Ansechungen gegen Ihren Kauffleuthen gar wol leiden mögen, da fern Seye die Ihrige solchen Trinkhtabakh in ein ald ander Orth der Eydtgnossschafft zue Verkauffen führen theten; dass freye Commercium aber könne man Ihnen in Ihrer Statt oder anderst wohin, so die Eydtgnossschafft nit berührt, nit verbietten, auch die lobl. Orth Ihnen den Transit durch die Eydtgnossschafft, wass seye in andere Landt, ess were in Frankreych, Italien oder Pundt eingepackht verfertigen. Im Ueberigen haben seye selbst auch in der gar zue grossen Gewohnheit under dem gemeinen Pöffell diss Tabakhs halber ein gross Missfallen, wird also jede Oberkeit gehörige Angstalt machen dise Wolmeinung in gueten Effect zue setzen.

1672 Juli 3.

(Beschlossen wurde die Confiscation des fremden schlechten Geldes).

In gleichem auch, dass der schedliche Trinckh Tabackh in unnsere Landen weder wenig noch vil zue gebrauchen und zue verkhauffen gantz nit mehr zugelassen werde, sondern de novo nach Anleithung verdeuten ferndrigen Abscheidtes auch bei Confiscation der Wahre und an Geltbuess höchstens verboten sein solle, vorbehalten wass durch die Eydtgnossschafft in andere Landt an Kisten und Ballen ohn geöffnet verfertiget wirdt, darbei kein Gefahr underlaufft, passieren zue lassen.

[28.]

1674 Juli 1.

Wass Er (Hauptmann Fridli Marti, alt Landtammann lobl. Orths Glarus, Landvogt d. freyen Embter) danne weiterss angezogen ob er auff dass aussgegebne Mandat, wider dass Tabac trinkhen, spilen und Liechtstubenten mit gebührender buess verfahren möchte oder mit? Ist der Ehrengesandten Meinung dahin, dass nit allein Er in Freyen Embteren, sonder alle Landvögt in den gemeinen Herrschafften de novo dass Tabakh trinkhen bey gebührender geringen buess, dass Tabakh feihl haben aber bey Confiscation durch neuwe Mandata verbietten, und wer darwider fählt, der Gebühr gemess ansechen sollen.

[34]

1675 Juni 30.

Wegen dess unnützen Trinck Tabakhs, auch vil unnöthig trinkhenden branten Weinss halber ist widerumb verabschiedet, und solle in alle gemeine Herrschaften participieret, und de novo von jedem Landvogt durch Mandate publiciert werden, dass dass Tabakh trinkhen und Trinkhtabakh feihl haben bei oberkeitlicher Straaff und Ungnad verboten; in gleichem auch die Wasserbrenner, so thür obss und frucht auffkauffen und branten Wein und der gleichen Sachen darauss brännen, soll genzlich nit geduldet werden, weilen sonderlich bey der Zeit dass gemeine Volkh dass thüre obss, und allerhand frucht zue Ihrer Speyss vonnöthen; sonderlich aber soll man an keinem Orth gedulden dass bey Kirchen und auff den Kirchenstraassen gebränte Wasser bey Confiscation und straaß dess Thurnss feihl gehabt, verkaufft, oder von der Burscht getrunken werden.

* * *

Die vom Standpunkte Basels durchaus verständlichen Ausnahmen erschwerten im ganzen Lande die obnehin nicht leichte Durchführung der Verbotspolitik.

Zur bessern Verwirklichung der letztern, zur würllichen Abhaltung des Sched- und verderblichen Tabac-röukens schloss Bern 1671 mit Zürich, Luzern, Unterwalden, Freiburg und Solothurn ein Konkordat. Aber auch diese Schlussnahme führte so wenig zum Ziel, als die eidgenössischen und die innerkantonalen Bemühungen zur Beseitigung des »Unfugs«.

Die Berner Regierung liess sich zwar noch nicht entmutigen. 1675 ergieng ein neues, wesentlich strengeres Verbot des Tabakgenusses in jeder Form, mit reüken, keüwen, Schnuppen und in ander Weg, es beschehe glich heimlich oder offentlich, innert oder usserthhalb der heüseren, in gesellschaften oder anderen orthen und Jedermengklichen ohne Unterscheid, Manns- und Weibspersohnen, Jungen und Alten, wer und was Stands ein Jeder seye.

Zur genauen Exekution des Mandates wurde eine aus sieben Klein- und Grossräten bestehende Tabakkammer errichtet.

Schon 1676 musste der Erlass im Sinne grösserer Strenge revidiert und erhobenem Zweifel gegenüber ausdrücklich dahin ausgelegt werden, dass auch das Schnupfen, das medizinalische Niesspulver, bey gleicher Straff verboten sei, so weit es uff den Gassen, in Gesellschaften oder sonsten vor den Leuten gebraucht wird.

Die folgenden Jahre brachten weitere Erläuterungen, auch zeitweilige Erneuerungen und Verschärfungen des Verbotes, insbesondere des Rauchens wegen, so 1693 und 1697.

Die Erfolglosigkeit aller dieser Anstrengungen führte schliesslich eine Wendung herbei. Ein vollständiges, zielbewusstes Aufgeben der bisher befolgten Politik fand freilich erst 1719 statt. Die vorausgegangenen zwei Jahrzehnte erfüllt noch der Widerstreit zwischen der alten und der neuen Auffassung der Dinge.

Auf den Vorschlag des Kommerzienrates, an unschädlichen Orten im Lande das Tabakkraut zu bauen, damit nicht mehr so viel Geld wegen des Tabakgebrauchs zum Land hinausgehe, beschliesst der kleine Rat im Mai 1702, vom Kommerzienrat einen Bericht erstatten zu lassen, wie und wo eine Probe einer Tabakpflanzung vorzunehmen sei. Derselben Instanz wird im April 1703 ein Gesuch des Herrn de Peyer überwiesen, in hiesigen Landen Tabak pflanzen und zurüsten zu dürfen. Das daraufhin im Februar 1705 zu Gunsten der Tabakplantation abgegebene Gutachten des Kommerzienrates gelangt im April 1705 vor den grossen Rat. Dieser tritt jedoch auf die Sache selbst einstweilen nicht ein, beschliesst vielmehr, der kleine Rat solle über die Vorfrage konsultieren, ob nicht besser ob denen Mandaten und Verbot des Tabaks zu halten und darbey ze verbleiben sey.

Der Glaube an die Durchführbarkeit der Verbote war aber offenbar bereits verloren gegangen. Denn im November 1705 wird auf die Anfrage des Standes Freiburg, ob Bern bei einem projektierten Tabakverbot mithelfen wolle, die Kommission zur Hinderung der Excessen mit dem Beisatz nm ein Gutachten abgegeben: »wiewohl nit zu völligem Verbot, das Meine gnädigen Herren gleichsam unmöglich halten«, sondern nur zu etwelcher Einschränkung des Rauchens. Etwas Fruchtbare sei wohl nur zu erreichen in Verbindung mit Freiburg und Solothurn, wobei durch Auferlegung eines ziemlichen und billigen Zolles die Einkünfte des Staates vermehrt werden könnten.

Im Februar 1709 sodann setzt der kleine Rat wegen der Schwierigkeit, das hochobrigkeitliche Tabakverbot zu handhaben, dieses beiseite und erteilt der Vennerkammer den Auftrag, darüber zu beraten, ob der Tabak zu admodieren oder zu pflanzen sein solle und im letztern Falle, wie die Plantation am füglichsten und dem Ackerbau minstschädlichsten einzuführen, auch mit was für Privilegien die Entrepreneurs anzusehen, ohne dass dennoch solche auf ein monopoli ausgehen.

Bereits im Februar 1707 hatte die Vennerkammer in einem Gutachten betreffend das Bettelgesind die Anregung gemacht, zur Erhaltung der Profosen von jedem Raucher eine Tabakauflage von 2 ℔ einzuziehen. Später schlug sie zu gleichem Zwecke unter anderm die Einführung der Ferme des Tabakes vor, »wofür schon 4000 Reichsthaler angeboten worden sind.«

In Erledigung dieses Antrages erkannte der grosse Rat im November 1709, »dass ein jeder Tabakraucher oder Schnupfer zu erhaltung diser Profosen jährlich 1 ℔ ($7\frac{1}{2}$ btz.) zu erlegen schuldig sei, die Vennerkammer aber die Einrichtung der Ferme oder Plantation des Tabaks zu begutachten habe.«

Diese Tabakauflage von 1 ℔ wurde am 25. April 1710 publiziert, die Ausführung des Mandats in der Stadt indessen am 23. Mai des gleichen Jahres, also kaum nach Monatsfrist, sistiert. Auch auf dem Lande kam die Steuer nicht zur Einhebung.

Der Grund dieses Rückzuges lag wohl in der offen kundgegebenen Unzufriedenheit des Volkes zu Stadt und Land. »Vnder der Burgerschaft eräugend sich vnterschiedentliche bedenkliche Bewegungen vnd communicirten sich gar biss in die Landgerichten« und der Regierung war daran gelegen, »dass diese böse Zundel bey Zeiten gelöschen werde, damit nicht ein gefährlich Feüwer aufbreche.«

Acht Jahre später beauftragt der grosse Rat die Kommission zur Verhütung der Geldveräusserung, darüber zu referieren, wie die Pflanzung und Präparation des Tabaks in dero Landen ohne Ihr Gnaden entgelt werkstellig gemacht werden könne, da doch die Verbote des Tabaks nichts nützen.

Im Verfolg der Sache wird im Februar 1719 das entscheidende Mandat betreffend Pflanzung des Tabaks beschlossen und publiziert. Da die Wahl der eben eingeführten Tabakkommission von 5 Mitgliedern erst in 8 Tagen vorgenommen werden kann, wird die Kommission zur Verhütung der Geldveräusserung angewiesen, in die Aemter den nötigen Tabaksamen zu verschicken. Mit dem Samen erhalten die Amtsleute zu Handen der Gemeinden und Prädikanten ausführlichen »Bericht und Beschreibung, wie die Tabakpflanzung vorzunehmen« und den Befehl, »die Amtsangehörigen dahin anzeufischen, solch heilsames Werk förderlich und noch heuriges Jahr in effect zusetzen«. Im Dezember 1719 wird dieser Befehl erfrischt. Die Kultur blieb zwei Jahrzehnte lang

zehntfrei. Von 1739 ab dagegen wurde der Zehnten nach der Ordnung von 1717 abverlangt.

Die Leitung der ganzen Angelegenheit unterstand der 1719 eingesetzten, später erweiterten Spezialkommission (ebenfalls Tabakkammer genannt).

Dass der Anbau von Tabak übrigens bereits lange vor dieser Zeit in bernischen Landen betrieben und von der Regierung geduldet wurde, geht unter anderm daraus hervor, dass der kleine Rat im März 1705 dem Kommerzienrat den Auftrag erteilte, das Schreiben des Gubernators von Aelen »wegen dort vorhabenden mehreren Tabakpflanzens und darwider sich zeigender Schwierigkeit und Opposition« zu begutachten.

Die neuen Grundsätze wurden mit Eifer ins Werk gesetzt.

1721 berichtet die Tabakkammer, wie hin und wieder im Lande sich die Tabakpflanzungen anlassen und verlangt, dass die Obrigkeit die Verdebitierung des Tabaks auf sich nehme oder selbige Partikularen überlasse, damit der einheimische Tabak überhaupt Absatz finde. Der Grosse Rat tritt hierauf noch nicht ein, verlangt vielmehr zunächst noch ein Gutachten. Auch wünscht er zu wissen, wie viel Geld die Tabakkammer zur Durchführung ihrer Aufgabe nötig habe. Am 5. Februar 1721 wird der Kammer zur Unterstützung der Tabakpflanzung in Erhöhung des früher gewährten Kredites von 100 Thalern eine Summe von 400 Thalern angewiesen, im Juni 1722 zu gleichem Zwecke ein Betrag von 1000 Thalern gesprochen. Betreffend die Debite wird nochmals ein Gutachten begehrt.

Die Verzollung des Auslandstabaks nahm offenbar schon früh ihren Anfang. So findet sich in der Zoll- und Geleitsordnung von Nidau d. d. 1662 unter dem Titel »Apotheker-Waren« die Position: Von einer Kisten mit Tabak und Schnupftabak 2 Btz. Allerley Tabakpfeifen vom Fässlin 6 kr. (= 1½ btz). In der gleichzeitigen Zolltafel von Gümnenen figurieren in der Rubrik »Vermischte Sachen«: Allerlei köstliche Tabak und Schnupftabak vom Zentner 4 β, von Fässlin Tabakpfeifen 4 β (= 1½ btz.); ebenso im Tarif von Aarberg d. d. 1664 mit den Ansätzen 2 und 1½ btz. Die Zollordnung von Oesch von 1672 verzeichnet: le tabac et pipes payeront par livre 1 btz. Die Oescher Ordnung von 1681 dagegen enthält dafür mit Rücksicht auf das inzwischen ergangene Verbot von 1675 die Worte: payeront à forme du mandat et de la défense.

1713 wird ein einheitlicher Zoll von 1 $\overline{\text{fl}}$ (= 30 kr. = $7\frac{1}{2}$ btz.) eingeführt. Auf die danach eingebürgerte einheimische Kultur wird dieser Zoll, bzw. diese Konsumsteuer indessen nicht ausgedehnt. Zwar wird die daherige Befreiung 1724 ausdrücklich nur für 6 Jahre zugestanden, in That und Wahrheit aber ist sie aller Wahrscheinlichkeit nach, mit Ausnahmen, welche die Regel zu bestätigen scheinen, stets aufrecht erhalten geblieben.

Dafür wird 1727 die Erlaubnis zum Verkauf von Tabak in- und ausländischer Herkunft an die Lösung eines Verkaufspatentes geknüpft, »das gratis zu erteilen der Tabakkammer überlassen wird.«

Um dem einheimischen Tabak einen sichern Abnehmer zu bieten und die Industrie zu heben, ward überdies bald nach Erlass des Mandats von 1719 die Fabrikation und der Handel von Staatswegen eingerichtet und unter Leitung der Tabakkammer bis 1728 betrieben. Es handelte sich dabei nicht um ein eigentliches Monopol, sondern um eine vorübergehende, neben dem Privatbetrieb einherlaufende Veranstaltung zur Hebung des Inlandsgewerbes.

So wird z. B. im November 1727 der Tabaksozietät in Peterlingen gegen genügende Sicherheit ein Darlehen von 6000 Franken gestattet und 1737 auf weitere 6 Jahre verlängert. Ebenso wird im Dezember 1727 den Tabakfabrikanten Abraham Girard d'Oleyre und Pierre Blanc in Wiflisburg zur Unterstützung ihrer Tabakpflanzung und Fabrique ein unverzinslicher Vorschuss von 2000 Thalern gegeben.

Im September 1728 wird die Staatsmanufaktur unter folgenden Bedingungen an Hans Georg Berseth, Tabakhändler in Villeneuve, verkauft:

1. dass er für die gesponnene Tabakware per Zentner 6 Kronen,
2. für die Stoffware mit Begriff der wenigen Deckblätter, so noch vorhanden, 80 Bazen per Zentner,
3. für die Instrument, Spinntischen und allerhand zur Fabrikation dienlichen Sachen, worunder ouch beyde Waagen und Gewicht, item die Latten und Henkenen begriffen 130 Kronen.
4. dann das blaue Papeyer nach dem Preis des Einkaufs bezahlen soll.

5. Ihme Herrn Berseth aber 8 Jahre lang der Tabakfonds (3108 Kronen 3 Btz.) zu nutzen und nach dieser Zeit ohne Zins zu bezahlen überlassen sei.

6. Ihme auch jährlich ein Patent für 25 Centner fremder Façon oder veritablen Hanauer Tabac ertheilt werden solle. Worbey dann Er, Herr Berseth, annoch versprechen soll, die Tabakfabrique wie er selbige bisher geführt 10 Jahre lang zu kontinuiren und jährlich 200 Centner Landblätter zu diesem End einzukaufen.

Berseth übernahm 59,350 ℥ gesponnenen Tabak, 34,613 ℥ Stoffblätter und 1554 ℥ blaues Papier (à 6 Btz.). Die Zahlung des Uebernahmspreises für diese Waren und das Werkzeug, 4891 Kronen und 21 Batzen, wurde ihm ebenfalls auf 8 Jahre gestundet.

Für die Totalsumme von 8000 Kronen setzte der Käufer sein Rebgut hinter Orbach, sein Haus und sein Geschäft in Ville-neuve zum Pfand.

Die Kaufsabsichten des Berseth waren bereits im Juli 1728 im Grossen Rate zur Sprache gekommen. Bei diesem Anlasse wurde die Tabakkammer dafür belobt, dass durch ihre Umsicht nunmehr die Pflanzung des Tabaks glücklich eingeführt und hin und wieder namhafte Fabriques etablirt seyen, also dass dardurch das ganze Land mit darin gewachsener und fabrizirter Waar genugsamb versehen werden kann. Gleichzeitig wurde verfügt, dass die Kammer auch im Falle der Veräusserung der Staatsmanufaktur zum Besten der übrigen Fabriken bestehen bleiben solle.

Ein Gesuch Berseths, nach französischem Vorbild ein Monopol zu schaffen und ihm dessen Pacht zu übertragen, wurde im Februar 1745 auf ein Gutachten der Vennerkammer hin, wie bereits früher ähnliche Projekte, abgelehnt.

Zu diesen abgewiesenen Projekten gehört u. a. auch ein mit den französischen Generalpächtern vereinbarter Vertragsentwurf, hinsichtlich dessen sich in den Akten eine 1744 gedruckte »Unterthänige Vorstellung, Eines mit den Herren französischen Fermiers Généraux gleichsam geschlossenen Tabacks-Tractat« vorfindet, ein Dokument, das in einlässlicher Weise die Vor- und Nachteile eines Monopols gegeneinander abwägt und dabei zu dem Schluss kommt, dass die proponierte »Taback-Ferme, in Hypothesi genommen, keinen Missgunst, sondern vielmehr allen Beyfall meritirt.«

»Es ermanglet an Criticis nicht, welche ohne sondere Reflection wider alle Affermirungen, als Monopolia, heftig schreyen, gleich dem Marquis in der Comedie: Cette comedie est detestable; Mais pourquoi? wird gefragt, Parce qu'elle est abominable, etc.

Dennoch lehret die Vernunft, dass man vielmehr die Sachselbststen, den guten oder bösen Product einer Entreprisen, als aber den odios gemachten Namen, auf die Waagschaalen des Judicii legen solle.«

Im Juni 1744 wird der Zoll auf Auslandsware um 4 Kreuzer per Zentner erhöht und dieser neue Zoll mit den bisherigen 10 Schillingen pro Verkaufspatent — solche wurden also damals jedenfalls nicht mehr gratis erteilt — dem Sekretär der Tabakkammer als Salarium zugewiesen.

Die 1727 verordneten Verkaufspatente wurden »der veränderten Zeitumstände wegen« 1792 aufgehoben, dagegen blieb es hinsichtlich der Einfuhrpatente auf dem »alten Fuss.« Die daherigen Zölle wurden in unserem Jahrhundert mit wechselnden Sätzen eingehoben, bis das Zollwesen durch die Bundesverfassung von 1848 an die Eidgenossenschaft überging.

Aus der vorausgegangenen raschen Uebersicht über die bernischen Verhältnisse — dieselben verdienten, gründlicher erforscht und dargestellt zu werden — ist u. A. zu entnehmen, dass während einer allerdings kurzen Frist eine staatliche Tabakregie bestand und der Gedanke an Errichtung einer Generalpacht nach dem Muster Frankreichs ebenfalls in Frage gezogen wurde, dass im Tabakwesen also der Monopolgedanke auch im alten Bern seine Vertreter gefunden hat.

Es ist mit Rücksicht auf die Angelegenheit, die heute im Vordergrunde der Diskussion steht, von Interesse, hier noch etwas einlässlicher der Beratungen zu gedenken, welche mit Bezug auf eben dieses Monopolproblem vor bald 1 1/2 Jahrhunderten im Kanton Bern stattfanden. Die bezüglichen Akten finden sich im Band XIV der Responsa prudentium. Eine gedrängte Darstellung des Inhalts derselben scheint mir um so wertvoller, als die damalige Situation in mehr als einer Hinsicht der heutigen glich und als das Monopolprojekt, welches in den Gutachten Milliet-Frey von 1895 niedergelegt ist, in wesentlichen Punkten mit den Entwürfen des vorigen Jahrhunderts übereinstimmt, ohne dass dessen Verfasser von den letztern Kenntnis gehabt hätten.

*

*

*

Im Jahre 1758 wurden die Funktionen der Tabakkammer, welche durch Unterlassung von Ergänzungswahlen auf ein einziges Ehrenmitglied zusammengeschmolzen war, dem Kommerzienrat übertragen. Der letztere erhielt im gleichen Jahre den Auftrag, die Frage zu begutachten, wie es inskünftig bezüglich des Tabakbaues, des fremden Tabaks, der Patente u. s. w. zu halten sei, mit der Weisung, u. A. auch die Einführung einer Tabakregie zu studieren.

Im August 1760 wurden überdies Deutsch-Seckelmeister und Venner mit Zutun des Altvenners Ryhiner, des Gleitsherrn von Bonstetten, des Zeugherrn Willading und des Böspfenigers Stettler mit Prüfung der Monopolfrage betraut. An Stelle Willadings, der Kommerzienrat geworden war, trat im Verlauf der Untersuchung Rats Herr Fellenberg. Der Kommerzienrat bestand aus folgenden Mitgliedern: Rats Herr Lerber, Präsident; Zeugherr Willading; alt Landvogt Jenner von Milden; alt Schultheiss Steiger von Burgdorf; alt Landvogt Sinner von Interlaken; alt Salzdirektor Rodt von Roche; Samuel Gruner; Samuel Friedrich Fassnacht und Emanuel Hartmann; Sekretär war Abraham Friedrich Benoit. Bei Erteilung des Auftrags wird auf Anstände mit Brugg wegen Bezahlung des Imposts von 30 und des Zolles von 4 Kreuzern pro Zentner, sowie auf den stark zunehmenden Schleichhandel hingewiesen.

Beide Kommissionen einigten sich auf nachstehende Fragestellung:

I. ob die Staatskunst zugebe und anrate, in einer freien Republik die Tabakhandlung in eine oberkeitliche Regie zu verwandeln und ob solches den Vorrechten eines gemeinen Wesens angemessen.

II. ob die Tabakregie dann auch wirklich dem Aerar des hohen Standes nützlich und vorteilhaft.

Das gemeinsame Gutachten datiert vom April 1761. Es schliesst mit dem Antrag auf Einführung einer staatlichen Regie, mit zweiter Meinung, also eventuell, mit dem Antrag auf Beibehaltung des status quo, jedoch unter Beschränkung der Zahl der Patentinhaber und stärkerer Verlegung der Patente nach den Städten.

Der Hauptteil der Arbeit, namentlich auch in rechnerischer Beziehung, scheint von dem Böspfeniger Stettler geleistet worden zu sein. Auf das besondere Memorial Stettlers, das dem eigent-

lichen Gutachten als Beilage angehängt ist, wird noch zurückzukommen sein. Hier sei nur erwähnt, dass es die sehr verschlechterte Finanzlage in den Vordergrund stellt. Zur Bilanzierung der Staatsrechnung, sagt dessen Verfasser, müssen jetzt wenigstens 300,000 £ jährlich den Baarvorräten des Schatzgewölbes entnommen werden. Wenn es so fortgeht, wird dieses in 40 Jahren erschöpft sein. Neue Ausgaben stehen aber vor der Thür: für Strassenbauten, für Kornhäuser, für das Militär, »welches nächst Gott dennoch die einzige Schutzwehr unserer Freiheit ist.« Dass die Verhältnisse nicht nur in diesem Betracht den heutigen gleichen, sondern auch darin, dass eine besondere, aussergewöhnliche Aufgabe die Gemüter beschäftigte, erhellt aus einem Bericht, der unter dem Titel: »Drittmanns Gedanken« den Akten beiliegt. Ihr Autor ist Anhänger des Monopols. Er macht sich sogar anheischig, für 40,000 £ die Sache in Pacht zu nehmen, gesteht aber dabei freimütig zu, dass er um diesen Preis reichen Gewinn für sich erzielen werde. Zögere man jetzt mit Einführung der Regie, so werde dieselbe mit Vermehrung der Patentinhaber und mit der Konsolidierung des geltenden Systems immer schwieriger werden.

Zur Hebung allfälligen Missvergnügens will er die Hälfte des Monopolertrages in Form von Prämien »zur Aeuffnung der Begangenschaften, Gewerbe, Künste, des Land- und Ackerbaues« verwenden. Erweise sich diese Prämirung als schlecht, so könne sie leicht wieder abgeschafft werden. Dass die Förderung der Manufakturen aber nützlich, zeige nicht bloss das Beispiel Englands, sondern auch Zürichs, sowie der Vergleich des Waadtlands mit dem Emmenthal. Wo viel Industrie, da mehre sich die Bevölkerung. Im Oberland, wo kein Ackerbau getrieben werde, könne z. B. mit Vorteil Flachs gebaut werden, den wir jetzt zu $\frac{3}{4}$ importieren. Die zahlreichen Armen in Saanen, Zweisimmen, Adelboden und Interlaken, woselbst man vergebens die Spinnerei einzuführen versucht hat, könnten mit der Flachskultur und dem Seidenwinden mit Nutzen okkupiert werden. Derselbe Landstrich hat viel Holz, schöne Erde und Letten und doch geht viel Geld für irdenes Geschirr ausser Land.

Die Wollindustrie in Frutigen und im Simmenthal könne so verbessert werden, dass ihre Produkte die schottischen verdrängten. Oberhasli und das Unteraargau ist mit Eisen angefüllt und doch lassen wir schlechtes Gusseisen aus der Fremde kommen. Die Gerberei ist im Verfall. Die besten Häute gehen

nach Basel und sonst auswärts. Im Emmenthal verfertigt man schöne Leinwand, im Aargau viel baumwollene Tücher. Das damaszierte Tischzeug aber ziehen wir aus Schlesien und Holland und feines Baumwollentuch aus Frankreich, Zürich und St. Gallen. Die Wollenmanufaktur, in älterer Zeit reputiert, ist fast ganz in Abgang gekommen. Die Seide produzieren wir nur zu $\frac{1}{10}$ im Land, obschon das Waadtland sich zur Kultur derselben so gut eignet, wie Italien. Das Waadtland versorgt sich mit Lebensmitteln, Holz, Kalk, Ziegeln aus Burgund, Savoyen, Genf, Wallis, die es selbst ganz gut erzeugen könnte. Zu Neuenstadt bei Vivis ist ein grosses Moos mit den besten Turben, zu Blonay und im Amt Aigle sind Schieferbrüche. Alle diese Betriebe könnten gehoben werden. Solche huldreiche Verfügungen, schliesst der Urheber der »Drittmanns Gedanken«, verletzen die Freiheit und Billigkeit nicht im geringsten, und was von der Masse des Landes herfliesst, soll sich wieder auf selbe ausgiessen.

Das Gutachten, auf das ich nach dieser Abschweifung eintrete, enthält folgendes Projekt einer Tabak-Regie. Neue Magazine sollen nicht errichtet, vielmehr die Salzlagerhäuser zu Brugg, Aarau, Aarburg, Wangen, Burgdorf, Nidau, Bern, Ifferten und Morsee in Benutzung gezogen werden. Jedem dieser neuen Magazine sind die nötigen privaten Tabakverkäufer zu assignieren, die dort den Tabak holen und zu den obrigkeitlich fixierten Preisen in den Verkehr bringen, wie jetzt mit dem Salz geschieht. Um Tabakverkäufer zu werden, bedarf es indessen eines staatlichen Patents. Dieses wird, abgesehen von den Einschreibungs- und Ausfertigungsgebühren, unentgeltlich erteilt. Jedoch sollen in den Munizipalstädten nicht mehr als 2—3 Verkäufer patentiert werden. Auf dem Lande bleibt die Ernennung der passenden Zahl von Verkäufern den Gemeinden überlassen, immerhin so, dass kein Landverkäufer näher als 2 — nach dem Memorial 4 — Stunden von einer Stadt entfernt eingesetzt wird.

Alle diese patentierten Verkäufer erhalten eine Provision von 15 % der staatlichen Einkaufspreise. Der Kaufpreis wird ihnen bei genügender Bürgschaftsleistung sechs Monate lang gestundet.

Zur Einrichtung und Verführung der Regie wird eine unbesoldete Direktion von Ehrengliedern des Standes bestellt. Ihr liegt neben der allgemeinen Leitung des Unternehmens besonders der Ankauf des in- und ausländischen Tabaks ob. Sie hat dabei die Plantation möglichst zu begünstigen.

Nachdem die Sache genügend eingelebt ist, wofür ungefähr zwei Jahre als hinreichend erachtet werden, sollen die Befugnisse dieser Ehrendirektion an die Salzdirektion übergehen. Die technische Verwaltung wird mit Inbegriff des Rechnungswesens von Anfang an den Salzkommissionen und den Salzkammerbedienten übertragen. Um diese Beamten für ihre Mühwaltung zu entschädigen und sie an der Unterdrückung des Schmuggels zu interessieren, sollten als Entschädigung erhalten:

der Salzhandlungsverwalter	$\frac{1}{2}$ ‰	der Lösung	
» Buchhalter	$\frac{1}{2}$ ‰	»	»
jeder Magazinverwalter	$\frac{1}{2}$ ‰	»	»
» Kassier	$\frac{1}{2}$ ‰	»	»

Das Gutachten führt in systematischer Darstellung die Gründe für und wider die Regie auf. Betrachten wir zunächst, was vom Standpunkte der Staatskunst gegen das Projekt ins Feld geführt wurde.

Das Monopol ist im Grunde eine Steuer. Bei allen Republiken aber ist es eine heilsame Staatsmaxime, das Land der bedenklichen Folgen wegen mit Auflagen zu verschonen.

Schon sind Salz, Salpeter und Pulver monopolisiert. Durch Ausdehnung des Staatsmonopols auf den Tabak wird dem ohnehin nicht blühenden Handel ein neuer Stoss versetzt. Das den Beteiligten in Aussicht gestellte Benefizium von 15 ‰ ist angesichts der Kosten, Verluste etc. durchaus ungenügend.

Die Erfahrung zeigt, dass viele Mühe erfordert wird, auch mit den nützlichsten Landmandaten durchzudringen. Diese Erfahrung wird sich auch mit Bezug auf die Tabakregie erweisen. Durch dieselbe werden bestehende Handelsinteressen schwer geschädigt. Nur die äusserste Strenge gegen den Schmuggel wird vermögen, den erhofften Ertrag von 100,000 \mathfrak{R} zu sichern.

Der Schleichhandel, der jetzt nach Frankreich statt hat, wird auch in Zukunft nicht zu unterdrücken sein. Hat aber der Staat Bern das Monopol, so werden ihn die französischen Fermiers généraux dieser Contrebande wegen der Konnivenz bezichtigen und mit ständigen Klagen behelligen.

Die Regie vermehrt den Missbrauch des Tabaks und autorisiert gewissermassen die Veräusserung des Geldes.

Der Tabak ist durch einen schädlichen Abusus beinahe so nötig geworden, wie ein Lebensmittel.

Die unvermeidliche Ungewissheit der Einkaufspreise wird Aenderungen in den staatlichen Verkaufspreisen bedingen und jede solche Aenderung wird unliebsames Aufsehen erwecken.

Es wäre nicht unmöglich, dass man unübersteiglicher Hindernisse willen die ganze Sache wieder fallen lassen müsste. Das aber wäre noch nachteiliger, als das Unternehmen selbst.

Diesen Einwänden wurde folgendes entgegengehalten.

Durch die vorgeschlagene Regie soll der Tabak nicht verteuert, sondern im Widerspiel verbessert, vielleicht verwohlfeilt werden.

Wenn aber die Obrigkeit gleich gute Ware, wie bisher, zu gleichen Preise liefert, kann von einer Besteuerung des Konsumenten nicht die Rede sein.

Bei Einführung der staatlichen Salzhandlung haben sich auch nur die interessierten Händler beklagt, die ihren hochgetriebenen Gewinn beibehalten wollten.

Der Tabakhandel war übrigens ehemals schon eine obrigkeitliche Regie. Der anfänglich einzig tolerierte einheimische Tabak ward unter Aufsicht einer Spezialkommission gepflanzt, zu obrigkeitlichen Händen gekauft, fabriziert und dem Detailhändler mit erklecklichem Nutzen veräußert.

Erst 1723 und 1727 ist diese Spezialkommission in die Tabakkammer verwandelt worden, die Einfuhr fremden Tabaks verboten und dieser Kammer Instruktion erteilt worden, dass zum Transit unentgeltliche Patente erteilt, auch die Kontrebande und die vielen Stümpelkrämer auf dem Lande sollen hintertrieben werden. Der Tabakhandel war also nie ein freies Gewerbe und ist es der Patentpflicht wegen auch jetzt noch nicht. Die wenigen Privaten, welche zur Zeit Patente haben, besitzen ein faktisches Monopol. Ein solches aber führt naturgemäss zur Verteuerung der Ware. Dem gegenüber ist es nicht anstössig, dass der Preis staatlich festgesetzt und der Nutzen des Handels ad communem massam gebracht wird. Die Fabriken, deren in der letzten Zeit viele entstanden, werden durch das Monopol in ihrem Bestand nicht angetastet. Was den Vertrieb fremder Fabrikate betrifft, so wimmelt das Land von Krämern und Hausierern. 1753 gab es deren im deutschen Kantonsteil, ohne die Städte und oberländischen Aemter, 432. Das Monopol würde dieses Verhältnis in wünschbarer Weise zu Gunsten der Städte verschieben.

Bei 15% Rabatt auf den Einkaufspreisen zahlt der Händler dem Staat für 10 Zentner rappierten Tabakes, welche den Letztern 700 L. kosten und welche der erstere bei einem Satz von 12 Kreuzer per \mathcal{Z} à 1200 L. wiederverkauft, nur 895 L., gewinnt also 305 L. oder 34% seines Einstandspreises. (Diese Rechnung des Gutachtens ist offenbar unrichtig. Der Händler hat bei 15% Rabatt auf 700 L. nicht 895 L., sondern 1095 L. an den Staat abzuführen, profitiert also bloss 9,6% der Gestehungskosten.)

Dazu kommt, dass ein Detaillieur sein Kapital im Jahreslauf mehrmals mit gleichem Nutzen kehren kann, dass der empfangene Tabak erst nach 6 Monaten zu bezahlen ist und dass der Händler, da ihm nur gute Ware geliefert wird, kein Risiko läuft. Der Bruttogewinn von 34% (recte 9,6%) wird daher mit gleicher Begier gesucht werden, wie der viel kleinere des Salzdetailhandels. Das Salz zahlen die Detaillisten dem Staat mit 80 btz. und verkaufen es à $3\frac{1}{2}$ Kreuzer das \mathcal{Z} zu $87\frac{1}{2}$ btz.; ihr Nutzen beläuft sich also auf nicht mehr als 1%.

Was die Mühe angeht, selbst mit den besten Gesetzen durchzudringen, so wird darauf hingewiesen, dass z. B. das letzte Münzmandat, eines der nützlichsten Mandate, freilich schwer durchgieng, weil das Wehklagen der Kipper und Wipper das ganze Land betäubte. Dermalen, »da dieser Dunst verschwunden«, erkennt aber Alles den grossen Nutzen dieser Neuerung an. Beim Tabak werden die Händler den gleichen Lärm machen. Wenn die Einwohner aber einmal berichtet sein werden, dass keine Preiserhöhung zu befürchten ist, sondern im Gegenteil der bisherigen willkürlichen Erhöhung Einhalt gethan und der Ware ein unabänderlicher Preis bestimmt werden soll, so werden sie erkennen, dass auch diese Ordnung nur zu ihrem Vorteil ist.

Das Schleichhandelsverbot besteht schon jetzt. Das Monopol ändert hierin nichts. Frankreich hat die Kontrebande in seinen Landesmarken auch nicht unterdrückt. Wie kann es solches dann von uns verlangen?

Ob es beim status quo verbleibt oder ob das vorgeschlagene Monopol eingeführt wird, in beiden Fällen wird gleich viel Tabak konsumiert werden und für die fremde Ware muss das Geld in beiden Fällen gleich aus dem Lande gehen.

Wenn der Tabak wirklich ein so unentbehrliches Bedürfnis geworden ist, so wird jedermann zufrieden sein, wenn ihn der Staat stets in genügender Menge und preiswürdig verschafft.



Preisschwankungen bestehen jetzt schon im Tabakhandel. Der Verkaufspreis des Salzes aber ist trotz der wechselnden Einstandskosten stabil erhalten worden. Ein gleiches wird dem Staate auch beim Tabak möglich sein.

Der Einwurf, dass man die Regie unter Umständen wieder werde aufgeben müssen, spricht gegen jede Neuerung überhaupt. Die Erfahrungen beim Salz lassen indessen hoffen, dass das Tabakmonopol kein fruchtloses Unternehmen sein werde.

* * *

Breitern Raum als diese grundsätzlichen Pro und Contra vom Standpunkte der Politik nehmen in dem Gutachten und den zugehörigen Schriftstücken die Erörterungen über die fiskalische Ergiebigkeit der Tabakregie ein.

Die Freunde der letztern schätzen im »Gutachten« das jährliche Benefizium auf Grund des Memorials von Böspenniger Stettler zu rund 100,000 £.

Sorten	Mengen in Zentnern	Einstandskosten						Erlös					
		pro Zentner à			im Ganzen			pro Zentner à			im Ganzen		
		L	s	d	L	s	d	L	s	d	L	s	d
St. Vincent .	1500 00	52	17	4	79,300	—	—	100	—	—	150,000	—	—
Strassburger .	400 00	22	3	10	8,876	13	4	40	—	—	16,000	—	—
Bischwyler .	700 00	13	9	9	9,441	5	—	22	10	—	15,750	—	—
Landtabak .	2000 00	15	—	—	30,000	—	—	20	—	—	40,000	—	—
	4600 00				127,617	18	4						
Provision 15 %					19,142	13	9						
Utile . . .					74,989	7	11						
					221,750	—	—				221,750	—	—
						—	—					—	—

Alle Berechnungen werden in französischer Währung durchgeführt; das Utile von L 74,989 s z d 11 entspricht in Berner Währung £ 99,985 £ 17 hl. 3.

Nicht berücksichtigt wird in dieser Aufstellung der Verwaltungsaufwand; derselbe würde mit 2 % des Erlöses L 4435

betragen, also das Utile auf L 70,554 s z d 11 oder rund 94,075 Bernpfund reduzieren.

Zur Ermittlung des Konsums von 4600 Zentnern gieng das Memorial des Böspennigers von der mittlern Einfuhr in den Jahren 1756 und 1757 aus. In dieser Periode wurden zum Import von Auslandsware Patente erteilt für Zentner:

	1756	1757	Jahresmittel 1756/57
Stadt Bern	523.50	687.50	605.50
Uebrigcs Deutschland	1257.50	1437.00	1347.25
Welschland	662.00	629.50	645.75
Total	2443.00	2754.00	2898.50

Den Verbrauch an Landtabak schätzte Stettler zu	2000.00
ein und gelangte so zu	<u>4598.50</u>

Er nimmt dabei an, dass sich unter den 300,000 Erwachsenen des Kantons 75,000 Tabakkonsumenten befänden, dass jeder derselben im Durchschnitt jährlich 6 \mathcal{Z} konsumiere und dass daher der Totalverbrauch rund 4500 Zentner betrage.

Er fügt bei, aus dem Waadtlande werde freilich nach Frankreich und Savoyen geschmuggelt, dagegen mindestens ebenso viel ohne Patent fraudalös nach dem Waadtlande geführt. Dass jetzt Schmuggel getrieben werde, gehe unter anderm daraus hervor, dass der offizielle, versteuerte Verbrauch an Auslandstabak in Zofingen 16, in Aarau 20 und in Brugg 4 Zentner betrage, Ziffern, die sicher weit unter der Wirklichkeit ständen.

Gerade die Monopolisierung aber werde den Schleichhandel erheblich einschränken. Zu Gunsten dieser Monopolisierung führt Stettler unter anderm noch folgendes aus.

Ein Tabakmonopol ist prinzipiell eher zu rechtfertigen, als das Salzregal. Der Tabak war nie frei, vielmehr mehr eingeschnürt, als er es durch das projektierte Gesetz werden soll. Die absolute Handelsfreiheit ist schon wegen des durch die Obrigkeit ins Leben gerufenen Tabakbaues nicht möglich. Irgend ein monopolium wird immer sein. Jetzt ist der Tabakhandel das Monopol weniger Particularen, die das Volk gleichsam tällen, aber nichts für es thun, während die Obrigkeit, was sie an sich zieht, wie

die Sonne wieder in einem gesegneten Thau ausgiesset. $\frac{1}{4}$ des Konsums wird durch 3 Stadtberner gedeckt, der halbe Verbrauch ist in der Hand von 13 Händlern, der Rest in den Händen von Personen, die sich eher dem Landbau widmen sollten.

Werden die Patente auf dem Lande, wie beabsichtigt, zu Gunsten der Städte reduziert, so wird sich das bisherige Monopol der Händler noch enger zusammenziehen. Diese Reduktion ist überhaupt eine anstössige Parteilichkeit, bei der man die Protektion der Städte mit dem Mantel einer allgemeinen landesväterlichen Fürsorge deckt. Privatmonopole sind verwerflicher als Staatsmonopole.

Die staatliche Regie wird das Inlandsprodukt bevorzugen und den Tabakbau dadurch entwickeln, während die geltende Vorschrift, dass ein Patent für fremde Ware nur zu geben sei, wenn $\frac{2}{3}$ Inlandsware genommen werden, thatsächlich nicht mehr gehandhabt wird.

Ein Steigen der Ankaufspreise hat der Staat schwerlich zu befürchten, da in der ganzen Welt immer mehr Tabak gebaut wird. Die Pächter haben schon dormalen mit ihren Livranciers feste Verträge für viele Jahre.

Bei absoluter Freiheit würde der Zwischenhandel weniger als die verheissenen 15% gewinnen. Uebrigens wird der sichere Zuwachs, welchen das Verkaufsquantum des einzelnen Händlers erfahren werde, den kleineren Gewinn pro Einheit kompensieren. Den Tabakhändlern wird also ein dormalen misslicher Gewinnsatz um ein geringes vermindert, hingegen ein erklecklicher, aber mässiger Totalgewinn versichert und festgesetzt.

Unter dem Monopol endlich wird der Konsument besser bedient werden. Mit dem Vorteil stetig guter Qualität bringt es ihm denjenigen fester Preise.

* * *

Die in das Gutachten aufgenommene Rechnung des Stettlerschen Memorials wird in den Contra-Kapiteln des erstern und in einer besondern, »Reduktion« betitelten Gegenrechnung scharf kritisiert. Dabei wird folgendes geltend gemacht.

Der Verlust durch Auströcknen, Verderben und Verfaulen ist nirgends berücksichtigt. Die täglich steigenden Kellerzinsen, die an verschiedenen Orten zu errichtenden neuen Magazine oder, wenn man nur eines in Bern baue, die unnötigen Transporte werden

nicht in Anschlag gebracht. Wenn einer in Brugg Tabak wolle, so gehe die Ware erst von Basel in das Magazin zu Bern und von da wieder nach Brugg zurück. Will man aber mehrere Lager, so müssen es ihrer mindestens 7 sein. (Bei der Spezifikation dieser Behauptung werden zwar nur 6 postuliert: je 1 für Bern und das Emmenthal und je 2 für den Aargau und das Welschland.) Die Regie erfordert die Anstellung eines zahlreichen Personals. Das dient wohl zur Versorgung von Burgern, es ist aber fraglich, ob es dem gemeinen Wesen nützlich sei.

Die daherigen Aufwendungen, die Führungen, die Ausrüstungskosten und die andern Spesen mehr werden den Nutzen der Regie fressen.

Auf diese Kritiken erteilen die Pro-Kapitel des Gutachtens nachstehende Antwort.

Guter Tabak ist bei richtiger Behandlung dem Austrocknen und Verderben nicht unterworfen. Der Fäulnis ausgesetzt sind nur die hiesigen schlechten Carotten und der Domingo-Tabak. Der Verbrauch dieser Sorten ist aber fast gänzlich eingegangen.

Wie das beigegebene Projekt der Regie zeigt, kann die Sache sehr einfach eingerichtet werden, so einfach, dass man der von der Opposition emphatisch vorgetragenen Kosten in der Hauptsache wird enthoben sein.

* * *

Das schwerste Geschütz richteten die Gegner des Monopols auf die Berechnungen des Memorials. In einer auf die Verhältnisse der Jahre 1759/60 basierten Gegenbilanz über das Utile werden unter Vorführung ausgiebiger Detailnachweise die Einstandskosten als zu niedrige, die Erlösposten als zu hoch ange-setzte angefochten. Der Konsum wird höher eingestellt. Gestützt auf das so gewonnene Material gelangt die Kritik schliesslich zu folgender Gegenrechnung: (siehe Tabelle auf Seite 403).

Bei diesem Budget ist, der Rechnungsweise des Memorials und des Gutachtens folgend, die Händlerprovision von 15 % nach dem Ankaufspreise bemessen. Wird dieselbe, wie es die Kritik für einzig zulässig hält, mit L 28,184 s 9 d 2 auf den Verkaufspreis abgestellt, so reduziert sich das Utile auf L 21,696 s 11. Davon geht noch der Verwaltungsaufwand ab. Stellt man denselben auch zu 2 % der Losung (L 3757 s 18 d 7) ein, so

Sorten	Mengen in Zentnern	Einkaufskosten						Erlös					
		per Zentner à			im Ganzen			per Zentner à			im Ganzen		
		L	s	d	L	s	d	L	s	d	L	s	d
St. Vincent	884	66	4	10	58,557	12	8	90	—	—	79,560	—	—
Strassburger	457	29	15	—	13,595	15	—	40	—	—	18,280	—	—
Hanauer	302	27	5	—	8,229	10	—	35	—	—	10,570	—	—
Bischwyler_Ja	494	17	15	8	8,793	17	2	23	15	—	11,744	7	6
do. ordinär	1000	14	6	9	14,337	10	—	18	13	—	18,650	—	—
Holländischer Rauchtobak	69	110	—	—	7,590	—	—	140	—	—	9,660	—	—
Holländer in Blei	26	92	10	—	2,428	2	6	110	—	—	2,887	10	—
Kanaster	2	350	—	—	700	—	—	450	—	—	900	—	—
Son d'Espagne	60	1	16	—	108	—	—	2	4	—	132	—	—
Landtabak	2367	10	—	—	23,675	—	—	15	—	—	35,512	10	—
Provision 15 Prozent des An- kaufspreises	5662				138,015	7	4						
Utile					20,702	6	2				187,896	7	6
					29,178	14	—						
					187,896	7	6						

bleibt schliesslich statt des Stettler'schen Gewinnes von L 74,989 s 7 d 11 ein solcher von bloss L 17,938 s 12 d 5.

* * *

Die Freunde des Monopolgedankens gaben sich dieser »frechen und kühnen« Kritik gegenüber nicht als geschlagen.

Was die Bemessung der Provision betrifft, so machten sie geltend, der Privatmann rechne dieselbe überall auch nur von den Preisen, die er bezahlt hat, nicht von seinem Erlös. Das Memorial sei davon ausgegangen, dass die 4600 Zentner Konsum einen Partikularen rund L 127,617 gekostet haben würden. 15 % hievon seien aber L 19,142. Wo sei da ein Fehler? Rechne man wie die Opposition, so schanze man den Detaillisten statt 15 volle 26 % zu. Hiezu liege aber nicht die mindeste Veranlassung vor. (Nach der vorstehenden Bilanz der Monopolgegner würde die Provision von 28,184 rund 20 $\frac{1}{2}$ % der Einstandskosten betragen.)

Stettler und seine Gesinnungsgenossen unterwarfen überdies die angegriffenen Einheitspreise einer neuen sorgfältigen Prüfung und bemühten sich, mit Bezug auf den Konsum sicherere Anhaltspunkte zu gewinnen. Die bezüglichen Aufstellungen wurden, freilich offenbar nur nach ihrer arithmetischen Seite hin, durch einen obrigkeitlichen Officialen verifiziert und richtig befunden.

Was die Ein- und Verkaufspreise betrifft, so beschränkt sich die einlässliche Widerlegung der »Reduktion« auf die drei Sorten von St. Vincent, Strassburg und Holland (in Blei) im Gesamtgewicht von 1367 $\frac{1}{4}$ Zentnern. Unter Vorführung geradezu ängstlich genau detaillierter Nachweise wird dabei gezeigt, dass die Kritik die Verkaufspreise beim

St. Vincent	um	20	%
Strassburger	»	58	%
Holländer	»	51 $\frac{1}{2}$	%

zu niedrig, dagegen die Einkaufspreise beim

St. Vincent	um	14	%
Strassburger	»	12 $\frac{2}{9}$	%
Holländer	»	16 $\frac{3}{4}$	%

zu hoch angesetzt hat. Gestützt hierauf wird an den Zahlen der »Reduktion« unter Beibehaltung der von ihr adoptierten Konsummenge folgende Korrektur vorgenommen:

	St. Vincent L s d	Strassburger L s d	Holländer L s d	Alle 3 Sorten L s d
Erlös laut „Reduktion“	79560 — —	18280 — —	2887 10 —	100727 10 —
Plus-Korrektur	15912 — —	10602 8 —	1487 1 —	28001 9 —
	95472 — —	28882 8 —	4374 11 —	128728 19 —
Ankauf laut „Reduktion“	58557 12 8	13595 15 —	2428 2 6	74581 10 2
Minus-Korrektur	8198 — —	1661 14 —	406 16 —	10266 10 —
	50359 12 8	11934 1 —	2021 6 6	64315 — 2

	L	s	d
Der korrigierte Erlös von	128,728	19	—
weniger den korrigierten Ankauf mit	64,315	—	2
ergiebt einen korrigierten Gewinn von	64,413	18	10
Hievon ab 15 % Provision auf L 64,315	9,647	5	—
Bleiben als Netto-Ueberschuss	54,766	13	10

Nach der »Reduktion« betrüge dieser Ueberschuss:

Erlös	100,727	10	—		
Ankauf	74,581	10	2	26,145	19 10
ab 15 % auf	74,581	—	—	11,187	3 —
				14,958	16 10

Daraus ergibt sich auf den betrachteten 1367 $\frac{1}{4}$ Zentnern allein bereits ein Mehrgewinn von L 39,807 17 —.

Man mag daraus annähernd ermessen, welches Plus auf dem Totalabsatze von 5662 $\frac{1}{4}$ Zentnern resultieren möchte!

(Die Akten selbst beziffern den Mehrgewinn auf bloss L 38,135 13 10, indem sie den Netto-Ueberschuss der »Reduktion« statt mit L 14,958 16 10 mit L 16,631 angeben. Hier ist aber offenbar trotz der Verifikation durch den Seckelschreibersubstituten ein Rechnungsfehler unterlaufen.)

* * *

Wie schon bemerkt, suchten die Befürworter der Regie auch den Konsum, insbesondere des Landtabaks, genauer zu ermitteln. Aus den bezüglichen Statistiken sei folgendes hervorgehoben.

Im Jahre 1755 wurden an Landtabak geerntet, bezw. verbraucht:

	Zentner
Im Milden Amt	412
Pätterlingen Amt	1447
In Wiblisburg	545
» Aarberg	679
	<u>3083</u>
» Murten	521
	<u>3604</u>

Importiert wurden Zentner:

	vom 7. August bis 16. Dezbr. 1758	Anno 1759	vom 1. Januar bis 4. August 1760	vom 7. Aug. 1758 bis 4. Aug. 1760
für die Stadt Bern	353. 75	1379. 75	507. 25	2240. 75
für Deutschland	742. —	1343. 50	682. 50	2768. —
für das Welschland	258. —	408. —	178. 50	844. 50
für den Aargau	56. —	164. —	139. 50	359. 50
Total	<u>1409. 75</u>	<u>3259. 25</u>	<u>1507. 75</u>	<u>6212. 75</u>

oder im Mittel der beiden Jahre:

für die Stadt	1120. 37 $\frac{1}{2}$
» das Deutschland	1384. —
» das Welschland	422. 25
» den Aargau	179. 75
Total	<u>3106. 37 $\frac{1}{2}$</u>

Nach Sorten verteilt sich diese durchschnittliche Jahresmenge an Auslandsware auf:

	Rauchtabak	Schnupftabak
Holländer	45. 87	
Bischwyler	555. 50	
Hanauer	286. 37 $\frac{1}{2}$	
Strassburger	656. 20 $\frac{1}{2}$	
Basler und Pfälzer	39. —	
Strassburger Stangen		610. 30
St. Vincent etc.		913. 12 $\frac{1}{2}$
	<u>1582. 95</u>	<u>1523. 42 $\frac{1}{2}$</u>

Ueber den Verbrauch der verschiedenen Sorten in den einzelnen der betrachteten 3 Perioden finden sich nachverzeichnete Angaben:

	7. August bis 16. Dezember 1758		1759		1. Januar bis 4. August 1760	
	Rauch Zentner	Schnupf Zentner	Rauch Zentner	Schnupf Zentner	Rauch Zentner	Schnupf Zentner
Holländer	28. —		47. 25		16. 50	
Bischwyler	285. —		654. —		172. —	
Manauer	116. 50		278. 25		178. —	
Strassburger	224. 90		892. —		195. 50	
Basler	55. —		13. —			
Pfälzer			8. —		2. —	
Strassburger Stangen		282. 10		453. —		485. 50
St. Vincent,						
Son d'Espagne, Holländer etc.	418. 25			949. 75		458. 25
Total	709. 40	700. 35	1892. 50	1402. 75	564. —	943. 75
	1409. 75		3295. 25		1507. 75	

Speziell über das Jahr 1759 sind noch die Daten über die engere lokale Verteilung der Patente von Interesse. Es hatten Patente

in der Stadt Bern :

	Firmen	für Zentner	
Zeerleder	1	484. —	
Stanz & Meley	1	200. —	
Düby	1	122. —	
Ulrich	1	75. —	
Bolz	1	69. —	
Hemmann	1	46. —	
Brüder Berchtold	1	52. —	
Frau Zollinger	1	43. —	
Frau Rohr	1	76. 50	
Diverse	8	212. 25	
	17		1379. 75

im Deutschland :

	Firmen	für Zentner	
Thun	9	376. —	
Burgdorf	5	65. 50	
Nidau	3	65. —	
Erlach	1	4. —	
Landschaft Saanen	1	36. —	
Unter die Bauern verteilt	?	797. —	
			1343. 50
		Uebertrag	2723. 25

Uebertrag 2723. 25

im Welschland:

	Firmen	Zentner	
Lausanne	1	105. —	
Milden	1	60. —	
Morsee	1	40. —	
Ifferten	2	101. —	
Vivis	3	97. —	
Diverse	?	5. —	
	—	?	408. —

im Aargau:

	Firmen	Zentner	
Zofingen	1	16. —	
Lenzburg	1	80. —	
Brugg	1	5. —	
Aarau	11	46. —	
Diverse	?	17. —	
	—	?	164. —
			<u>3295. 25</u>

Ueber die Patente in der Stadt finden sich pro 1756/7 noch folgende weitere Daten:

	1756	1757
	Zentner	Zentner
Stanz & Meley . . .	87,75	102, —
Fischer & Wagner . .	51, —	43, —
Dübi	97, —	45, —
Diverse	287,75	497,50
Total	523,50	687,50

Gestützt auf diese statistischen Erhebungen stellte Stettler eine neue Bilanz auf. (Siehe Seite 409.) (NB. Beim Landtabak werden nur 3083 Zentner eingesetzt, also die Murtener Produktion ausser Acht gelassen.)

Sorten	Mengen in Zentnern	Einkaufskosten				Erlös			
		per Zentner		im Ganzen		per Zentner		im Ganzen	
		L	s	L	s	L	s	L	s
Strassburger Stangen-Schnupftabak	610	22	3	13,543	11	40	—	24,412	—
Anderer Auslands-Schnupftabak	913	52	17	48,273	17	100	—	91,312	10
Holländer Rauchtobak	45	52	17	2,425	5	100	—	4,587	10
Anderer Auslands-Rauchtobak	1537	13	9	20,731	3	22	10	34,584	3
Provision an die Händler	3106			84,973	17				
				12,712	1				
Landtabak	3083	15	—	97,685	19	25	—	77,075	—
Provision an die Händler				46,245	—				
				6,936	15				
Provision an die Salzverwaltung	6189			150,867	14				
				4,639	8				
Bénéfice				76,464	—				
				231,971	3			231,971	3

76,464 L und 9 d französischer Währung entsprechen in Berner Währung 101,952 £ und 1 β. Wir stehen also wieder vor einem Ertrag von rund 100,000 £.

* * *

Das »Gutachten« schliesst mit nachstehenden Betrachtungen.

Die staatliche Mildthätigkeit, die Bauten, das Militärwesen, das Ausbleiben und Zurückgehen der äusseren Zinse haben die Finanzlage erschüttert, die verderbliche Folge mehrerer Ausgaben als Einnahmen nach sich gezogen. Tellungen, Kopfsteuern, Accisen und dergleichen können zum Ersatz des Abgangs nicht eingeführt werden. Man muss Mittel ergreifen, welche, ohne dem Landvolk beschwerlich zu fallen, die Staatseinkünfte beträchtlich vermehren. Ein solches ist die Tabak-Regie.

Die mit einem Gewinn von 100,000 £ abschliessende Rechnung ist auf einen milden Fuss gesetzt. Es wird gewiss noch mehr Tabak verbraucht, als angenommen wurde. Die adoptierten Verkaufspreise sind niedrige, können aber ohne grosses Risiko beibehalten werden. Die Qualität des Regietabaks wird besser sein, als diejenige des privaten Handels. Der Staat kann wegen Gewissheit des Verbrauchs grosse Mengen auf einmal gegen baar einkaufen. Die Kommissionäre ausser Landes haben ein Interesse, gut und billig zu liefern, um einen so guten Kunden nicht zu verlieren. Man wendet ein, die private Handlung werde durch das Monopol noch mehr beschränkt. Der jetzige Zustand ist aber ein noch schlimmeres Monopol. Die Wenigen, die Patente nehmen, sind Meister des Preises und können das Land ungescheut plagen. Die 15 %, die man dem Zwischenhandel geben will, sind eine erkleckliche Entschädigung. Der Kontrebande wird unter dem Monopol leichter zu wehren sein. Wenn der Schleichhandel nach Frankreich aufhört, wird das dem Staat vielen Verdross ersparen. Ueber die Uebergangsschwierigkeiten wird man schon hinwegkommen. Man gehe nur an die Arbeit: Errichtung von Ankaufstraktaten, Bau von Magazinen, Bestellung der Tabakdetaillisten, Bestimmung ihrer Provision, Vorsorge wider den Schleichhandel, Ernennung der Aufseher etc. Man mache wenigstens den Versuch, den Tabak, diese *Denrée de luxe* relativ dem Aerar in zweckmässiger Weise dienstbar zu machen.

Diese Anregung sollte ohne Erfolg sein. Die Sache blieb lange liegen. Der Zeitgeist war Unternehmungen dieser Art nicht günstig und am 15. Januar 1772, also fast 11 Jahre nach Erstattung des Gutachtens, meldet uns das Protokoll des Grossen Rats:

»Nach gehaltener Umfrag wird mit 103 Stimmen von dem Projekt, das commercium des Tabaks zu obrigkeitlichen Händen zu ziehen und darüber eine Regie zu errichten, für eins und allemal gänzlich abstrahiert, gegen 15 Stimmen, welche disse Materie Meinen hochwohlgeehrten Herren, den Commerzienräten, zu näherer Ueberlegung übergeben wollten.«

* * *

Damit will ich von der Geschichte des Tabaks im Kanton Bern Abschied nehmen. Ich habe dieselbe mit Rücksicht auf das besondere Interesse, das sie für unsere Tagesfrage bietet, wenn auch bei Weitem nicht erschöpfend, so doch so eingehend behandelt, dass ich es mir versagen muss, an dieser Stelle auch noch die historische Entwicklung des Tabakwesens in andern Kantonen darzustellen. Aus demselben Grunde verzichte ich auf eine nähere Betrachtung dessen, was auf eidgenössischem Gebiete in der Sache seit den Erlassen des XVII. Jahrhunderts gegangen ist.

Aus der kantonalen Geschichte sei bloss noch erwähnt, dass nach bernischen Quellen im Unter-Wallis 1768, offenbar nach französischem Vorbild, das Monopol in Form der sogenannten »Ferne« eingeführt wurde. Diese Generalpacht fiel 1793 dahin. Am 16. November 1815 setzte der Kanton die »Ferne« wieder ein und behielt sie bis 1850 bei. Der Pachtzins betrug von 1816/49 jährlich 7000 Livres. Pächter waren Ehrsam und Cie. in Sion bzw. Bex.

Mit Bezug auf die eidgenössische Tabakfrage sei kurz an folgendes erinnert.

1869 empfahl J. Challet-Venel, damals Chef des eidgenössischen Finanz-Departements, in einer Etude préliminaire concernant un impôt fédéral sur le tabac betitelten Schrift eine Bundessteuer auf Tabak nach dem Muster des englischen Monopolzollsystems d. h. mit Unterdrückung der einheimischen Tabakkultur und hoher Zollbelastung der Einfuhr. Fabrikation und Verkauf sollten frei bleiben und durch Draw-backs auf dem Export begünstigt werden. Die Zölle für Blatttabake wollte Challet-Venel nach Qualitäts-, bzw. Wert-Kategorien abstufen und demgemäss erheben:

Für europäische Sorten	Fr. 5.—
Für gewöhnliche überseeische Sorten	Fr. 12.50
Für feine Sorten	Fr. 50.—

per Doppelzentner.

Für die Fabrikate proponierte er folgende Sätze:

Rauch- und Kautabake	Fr. 50.—
Schnupftabake	Fr. 75.—
Cigarren	Fr. 500.—

Den Jahresertrag schätzte er auf brutto Fr. 2,586,000. An dieser Summe kämen in Wegfall: die speziellen Verwaltungsspesen, die Drawbacks und die Aufwendungen zur Schadloshaltung der einheimischen Tabakbauern. Ueber die Höhe dieser Abzüge spricht sich der Autor nicht aus. Im Uebrigen will er die Tabaksteuer nur für eine beschränkte Zeitperiode einführen und deren Ergebnis zu einem voraus bestimmten Zwecke z. B. zur Durchführung von Flusskorrekturen und zur Aufforstung der Alpen verwenden. Er zweifelte dabei nicht daran, que le peuple suisse ne décrétât le reboisement des forêts au prix de la suppression de la culture du tabac. An anderer Stelle redet er auch von der Benützung der Tabakintrade zur Entlastung der kantonalen Fiscis im Militärwesen und zur Ablösung der Ohmgelder und Oktrois.

Der Gedanke wurde bei Beratung der Verfassungsrevision von 1871/72 aufgenommen.

Am 20. November 1871 stellte Arnold (Uri) im Nationalrat bei Besprechung des Ohmgeldartikels den Antrag, für den Fall der Ohmgeldbeseitigung die Kantone aus dem Tabakmonopol schadlos zu halten. Wulliémox und Pérrin reichten einen Gegenantrag ein; derselbe erhielt die Mehrheit der Stimmen. Die Sache kam indessen am 24. November bei Anlass der Diskussion des Artikels betreffend die Finanzquellen des Bundes neuerdings zur Sprache. Doch wurde auch bei dieser Gelegenheit der Antrag auf Einführung einer Tabaksteuer [Challet-Venel, Flückiger (Bern) und Weck (Freiburg)] nach Voten von Hungerbühler (St. Gallen) und Zyro (Bern) pro und solchen von Ruchonnet, Pérrin, Wulliémox (Waadt), Zangger (Zürich) und Migy (Bern) contra mit 64 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Das gleiche Schicksal traf den entsprechenden, hauptsächlich von Vigier (Solothur) verfochtenen Antrag der ständerätlichen Kommission vom 19. Mai 1871.

1877, als es sich um Herstellung des finanziellen Gleichgewichts im Bundeshaushalt handelte, vertrat besonders Ständerat Bodenheimer (Bern) die Idee einer eidgenössischen Tabaksteuer. Der Erfolg war ebenfalls ein negativer.

In unserem Jahrzehnt endlich ist das Tabakmonopol wiederholt als Finanzquelle zur Realisierung der eidgenössischen Versicherungswerke empfohlen worden und damit bin auch ich wieder bei dem Gegenstand des heutigen Referates angelangt.

Im ersten Teile desselben habe ich zu zeigen gesucht, dass eine auf Dauer und Sicherheit berechnete Ordnung des öffentlichen Haushalts von Bund und Kanton in der That die Einführung einer über die bisher bezogenen Zölle hinausgreifenden eidgenössischen Tabakbesteuerung erheische.

Es erübrigt mir nun noch, in Kürze der Frage näher zu treten, welches als die zweckdienlichste Form einer solchen Besteuerung anzusehen sei.

Dabei kann es sich selbstverständlich nicht darum handeln, alle möglichen Modalitäten der Steuerdurchführung eingehend zu betrachten, vielmehr in der Hauptsache bloss um eine allgemein gehaltene Betrachtung darüber, ob das Monopol der Besteuerung ohne Monopolcharakter vorzuziehen sei.

Zwar wird man bei der Verfassungsrevision, welche der gesetzlichen Regelung der Tabaksteuer notwendig vorangehen muss, dem Gesetzgeber, wie beim Alkohol, in der Wahl des Steuersystems freie Hand lassen wollen und es könnte danach als müssig gelten, die Möglichkeiten dieser Wahl schon jetzt in Diskussion zu ziehen.

Der Monopolgedanke ist uns aber durch die bundesrätlichen Anträge so nahe gerückt und steht auch sonst heute bereits so weit im Vordergrund des Interesses, dass die vorliegende Studie von demselben nicht gänzlich schweigen darf.

* * *

Der Entscheid über die Art der Tabakbesteuerung ist vor allem davon abhängig, ob eine starke oder eine schwache Auflage erhoben werden soll.

Bei geringfügigem Steuersatz sind Unebenheiten, ja selbst Ungerechtigkeiten erträglich, welche bei höhern Steuersätzen zu unabweisbaren Klagen und unhaltbaren Zuständen führen würden. Bei geringfügigem Steuersatz kann man daher mit selbst sehr primitiven und an sich anfechtbaren Erhebungsweisen noch leidlich auskommen, während allein schon die mit jeder Grosssteuer ver-

bundene Rücksicht auf die verschiedene Leistungsfähigkeit der Steuerzahler nur in einer kunstvollen Technik zu verwirklichen ist.

Bei uns handelt es sich nun aber offenbar um eine Grosssteuer, soll doch die neue Finanzquelle jährlich mindestens 8,000,000 Fr. oder zirka 2.65 Fr. per Kopf liefern.

Angesichts dieses Umstandes allein schon liesse sich zu Gunsten eines schweizerischen Tabakmonopols geltend machen, dass die hervorragendsten Vertreter der Finanzwissenschaft die Regie als die zweckdienlichste Form einer hohen Tabakbesteuerung anerkennen. Selbst Leroy-Beaulieu, der doch sicher nicht einer monopolfreundlichen Richtung angehört, sieht sich in seinem *Traité des finances* zu dem Bekenntnis gezwungen: *l'impossibilité de retirer par tout autre moyen une somme aussi énorme de l'impôt sur le tabac, l'impossibilité de la faire payer au pays d'une manière aussi inoffensive, aussi peu vexatoire est la justification, au moins temporaire, du monopole.*

Aber nicht nur die Theorie, auch die Praxis weist dem Monopol in der Tabakbesteuerung die erste Stelle zu. Nach der durch v. Mayr für das Handwörterbuch der Staatswissenschaften zusammengestellten Statistik belief sich der jährliche Tabaksteuerertrag in 17 Staaten zu Anfang unseres Jahrzehnts pro Kopf der Bevölkerung auf nachverzeichnete Mittelzahlen:

Staat	Steuersystem	Steuerbe- treffnis pro Kopf in Mark
Niederlande	Zoll mit Freilassung der Inlandskultur	0.04
Schweiz	» » » » »	0.45
Dänemark	» » » » »	0.53
Schweden	» » » » »	0.89
Norwegen	» » » » »	1.70
Belgien	» » Besteuerung » »	0.96
Deutschland	» » » » »	1.05
Vereinigte Staaten von Nordamerika	Fabrikatsteuer	2.94
Russland	»	?
Grossbritannien	Monopolzollsystem	5.18
Serbien	Andere Monopolformen	2.06
Ungarn		2.52
Rumänien		3.34
Oesterreich		3.65
Italien		4.00

Staat	Steuersystem	Steuerbe- treffnis pro Kopfin Mark
Spanien	Andere Monopolformen	4.29
Frankreich		6.45

Dieser Ziffernreihe gegenüber begreift man es, wenn René Stourm, nebenbei bemerkt ein Schriftsteller, der in seinen Uebersetzungen sonst durchaus auf dem Boden der antimonopolistischen französischen Economisten zu stehen scheint, die Wirkung der Abschaffung des Tabakmonopols durch die Revolution (1791) wie folgt kommentiert:

Si l'assemblée constituante (dans ses séances du 20/27 mars 1791) avait pu prévoir ce magnifique avenir du monopole (rétabli en 1810 par Napoléon) sans doute elle aurait hésité, plus encore qu'elle ne l'a fait, à détruire l'organisation établie par l'ancien régime (en 1674), et elle se serait refusée à lui substituer le régime stérile de la liberté de la culture, de la fabrication et de la vente.

In der That figurirt in der obigen Uebersicht — abgesehen etwa von Norwegen, dessen Tabakkultur thatsächlich ohne Bedeutung ist, das sich also praktisch dem englischen Erhebungsmodus nähert — neben dem Monopol nur die Fabrikatsteuer mit nennenswerten Steuererträgen. Daraus folgt, dass die Einführung einer Grosssteuer auch unsern Staat in der Hauptsache nur vor die Wahl zwischen Monopol und Fabrikatsteuer stellen kann.

Diese Wahl wird dadurch noch weiter eingeeengt, dass das englische Monopolzollsystem für unsere Verhältnisse nicht passt. Dasselbe besteht, wie bereits angedeutet, darin, dass der Tabakbau verboten, die Einfuhr an sehr hohe Zollsätze gebunden ist. Daneben werden die Fabrikanten und Händler noch mit speziellen Gewerbesteuern belegt. Letztere sind indessen im Vergleich zu den Zöllen ohne Belang.

Wie wir gesehen haben, wurde der englische Modus unter Weglassung allerdings der Lizenzsteuern bereits vor 30 Jahren von Challet-Venel auch für die Schweiz vorgeschlagen, aber schon damals vom Standpunkte der Produzenten wie der Konsumenten aus mit Recht bekämpft.

Die Unterdrückung der Tabakkultur in England hat — freilich auch damals nicht ohne Widerstand — vor bereits 2½ Jahrhunderten stattgefunden, also zu einer Zeit, da der Tabak in Anbau und Verbrauch bei weitem noch nicht die Verbreitung von

heute hatte und überdies auch die Verhältnisse der Staatsgewalt ganz andere waren. Es ist zum mindesten fraglich, ob jetzt noch ein Tabakbauverbot in England neu einzuführen wäre, besonders wenn dieser Staat in Bezug auf die heimische Produktion sich in unserer Lage befände. Zur Würdigung der daherigen Situation darf als bezeichnend angeführt werden, dass erst vor kurzem mit Unterstützung der Regierung, aber mit allerdings wenig tauglichen Mitteln Versuche hinsichtlich der eventuellen Rentabilität des Tabakbaues in England angestellt worden sind.

Bei uns würden volkswirtschaftliche und politische Erwägungen einem Verbote widersprechen, welches nur mit bedeutender ökonomischer Schädigung der an der Tabakpflanzung interessierten Bezirke und bloss durch eine in ihren Wirkungen nicht übersehbare brutale Majorisierung der einen Bundesglieder durch die andern zu verwirklichen wäre.

Mehr Vernunft als eine solche Massregel zum Vorteil des Auslandes hätte jedenfalls die Unterstützung und Förderung der tabakbauenden Landwirtschaft, welche der Bundesrat für den Fall der Annahme eines Monopolgesetzes unter anderm in Aussicht nehmen will.

Gegen die Uebertragung des englischen Systems auf unsern Staat sprechen aber nicht einzig die Rücksichten auf die landwirtschaftliche Situation einzelner Kantone, sondern ebenso sehr die Interessen des Fiskus und des Konsums. Dieses System verteuert nicht nur die Fabrikate am relativ meisten, sondern es prämiert auch wie kein anderes Schmuggel und schlechte Fabrikation. England kann bei seiner insularen Lage des Schmuggels am Ende noch Herr werden; wie aber wären wir im Stande, unsere Grenzen ausreichend gegen das Eindringen der Contrebande zu schützen und die Uebertretung des Anbauverbotes zu hindern? Als Steuerzahlern würde uns der Schleichhandel nicht dienen, aber als Konsumenten müssten wir den Schmugglern vielleicht sogar noch dankbar dafür sein, dass sie uns durch Lieferung konsumfähiger Produkte wenigstens gegen eine allzu weit gehende Verschlechterung der inländischen Fabrikation einige Garantie verschafften.

*

*

*

Nach Eliminierung des Monopolzollsystems hätten wir bloss noch zwischen einer andern der verschiedenen Monopolformen und der Fabrikatsteuer zu entscheiden. Andere Steuerarten vermöchten

uns nicht zu befriedigen, wie, abgesehen von den bereits erwähnten allgemeinen Lehren der Steuerpraxis, noch aus nachstehenden kurzen Betrachtungen hervorgehen mag.

Handelssteuern auf dem Rohtabak- oder Fabrikatenverkehr wären nur mit unerträglichen Chikanen durchführbar. Es darf deshalb von einer eingehenden Besprechung derselben um so mehr abgesehen werden, als noch kein Staatswesen eine solche Handelsbesteuerung thatsächlich verwirklicht hat.

Was aber die Verzollung mit Freilassung der Kultur oder mit Auflage von innern Areal- oder Gewichtssteuern betrifft, so ist darüber das Folgende anzuführen.

Nach dem Gutachten Milliet-Frey vom März 1895 betrug der damalige Import, auf fabrikationsreifen Tabak reduziert, 55,760, die Inlandsproduktion 12,375, der Export 3385 Meterzentner, der Landesverbrauch also 64,750 Meterzentner.

Wollte man einen Brutto-Steuerertrag von jährlich 8,000,000 Franken unter Beibehaltung der jetzigen Steuerfreiheit für Inlandstabak allein im Zolle suchen, so müsste man die Netto-Einfuhr per Meterzentner über die bereits bestehenden Zollansätze hinaus mit durchschnittlich zirka 153 Fr. belasten.

Der fabrikationsreife Schweizertabak hat einen mittlern Wert von zirka 85 Fr. per Meterzentner.

Es ist dem gegenüber ohne anderes klar, dass eine Verstärkung des Zollschatzes um volle 180 % des Wertes der Inlandsware einer gewaltigen Ausdehnung in der Produktion der letztern rufen würde, unter Ausbreitung der Tabakkultur selbst auf Böden, welche für dieselbe weniger durch die Natur, als durch die Gunst des Gesetzgebers disponiert wären.

Die Folgen dieser Entwicklung hätte der Fiskus und der Konsument zu tragen. Der erstere würde seine Zolleinnahme rasch abnehmen sehen, der letztere aber würde nicht nur teurer, sondern auch wesentlich schlechter bedient werden, als jetzt.

Auch für die Fabrikation wäre dieses System eine zweifelhafte Errungenschaft. Die Kleinbetriebe vermöchten den Mehrzoll von 153 Fr. per 100 Kilogramm nicht zu zahlen; sie würden nach mehr oder minder langem und bitterm Kampfe um ihre Existenz eingehen. Auf dem Plane blieben, mit einem faktischen Monopole gegen das Publikum ausgerüstet, schliesslich die wenigen Grossfabriken, welche kapitalkräftig genug wären, für jede Wagenlast Rohtabak an altem und neuem Zoll nahezu 18,000 Fr. aufzubringen.

Der Export wäre bloss mit schwer zu bestimmenden Ausfuhrrestititionen am Leben zu erhalten.

Aehnlichen Bedenken unterstünde eine starke Mehrverzollung mit entsprechender Versteuerung der Inlandskultur. Die neue Steuer müsste in diesem Falle noch immer zirka 124 Franken per Meterzentner betragen. Da indessen gar nicht daran zu denken wäre, dass unsere Tabakpflanzer eine solche Last zu tragen vermöchten, so würde man genötigt sein, die Steuer auf Auslandsware höher zu bemessen, die Inlandssteuer aber entsprechend niedriger anzusetzen. Dabei entstünde, abgesehen von handelspolitischen Inkonvenienzen, zunächst die grosse Schwierigkeit, das richtige Verhältnis zwischen der Besteuerung des In- und des Auslandsprodukts ausfindig zu machen, ein Verhältnis, durch welches dafür gesorgt wäre, dass der heimische Tabakbau weder unsinnig gesteigert, noch ungebührlich hintangehalten würde.

Im Jahre 1895 sollte der etwa 56 Millionen Mark pro Jahr betragende Tabaksteuerertrag in Deutschland um 32 Millionen Mark erhöht werden. In der Begründung des zu diesem Behufe eingebrachten Gesetzentwurfes sagt die Reichsregierung:

»Diese Steigerung erscheint (angesichts der Besteuerungsfähigkeit des Tabaks) durchaus mässig. Gleichwohl ist sie auf Grundlage des bestehenden Gewichtsteuersystems nicht erreichbar. Schon die Bemessung des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen der Steuer vom inländischen und dem Zoll vom ausländischen Rohtabak ist von Beginn an vielfach angefochten. Die Schwierigkeit, die Relation in einer die beteiligten Interessen gleichmässig berücksichtigenden Weise zu regeln, würden, wie frühere Erörterungen mit Sachverständigen erwiesen haben, unüberwindlich werden, sobald man den Versuch unternehmen wollte, unter Festhaltung des bisherigen Steuermodus, den Ertrag wesentlich zu erhöhen. Ein Vorgehen in dieser Richtung würde, je nachdem die Neubemessung der Steuer den Tabakbau mehr als bisher begünstigte oder mehr als bisher erschwerte, zum Ergebnis haben, dass entweder der finanzielle Erfolg ausbliebe, indem die überseeische Tabakeinfuhr zurückginge, oder der Tabakbau im Inlande zum Erliegen käme.«

Was das Deutsche Reich bei einem seit langen Jahren eingelebten Steuersystem als Unmöglichkeit betrachtet, wäre sicher bei uns als durchaus neue Einrichtung nicht einzuführen, um so weniger als wir zur Gewinnung des erforderlichen Finanzergebnisses von allem Anfang an eines noch höheren Steuersatzes

bedürften, als er *ceteris paribus* vor 4 Jahren für Deutschland hätte gewählt werden müssen.

Auf die Plakereien und Ungerechtigkeiten, welche das Flächen- oder Gewichtssteuersystem daneben noch für den Tabakbauer mit sich brächte, auf die Abhängigkeit des Pflanzers vom Händler, auf die ungesunde Begünstigung des grossen Fabrikbetriebs, welche es in Verbindung mit den hohen Zollsätzen zeitigen würde, auf die Verschlechterung des Fabrikats, welche es herbeiführen müsste, sei nur im Vorübergehen hingedeutet. Der schwerwiegendste Einwand, der sich ihm, wie dem reinen Verzollungssystem, entgegenstellt, ist die praktische Unmöglichkeit, die Ware in genügender Weise nach ihrem Wert zu treffen, also der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler die gebührende Rechnung zu tragen. Je höher der Steuersatz genommen werden müsste, um so mehr würde sich der Nachteil verschärfen, der darin liegt, »dass das geringwertige Gut mit dem wertvollsten gleichviel zu tragen hat.« Es würde eine Ueberlastung des Konsums minderwertiger Fabrikate eintreten, »welche zum gleichen Nachteile des Fiskus wie der Industrie einen wesentlichen Rückgang des Verbrauches im Inlande mit Sicherheit voraussehen liesse.«

* * *

Was nun die neben dem Monopol einzig noch diskussionsfähige Fabrikatbesteuerung angeht, die in Russland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika eingeführt und für Deutschland postuliert ist, so hat dieselbe gegenüber den vorgehend geschilderten Vorschusssteuern, welche an ein dem Konsum mehr oder minder weit vorangehendes Stadium anknüpfen, vor Allem den Vorzug, dass sie näher an den Konsumenten heranrückt. Auch will sie im Prinzip der Hauptforderung einer guten Tabaksteuer, der Berücksichtigung der Qualität, gerecht werden. In beiden Beziehungen sucht sie sich Vorzüge des Monopols anzueignen, freilich ohne dass es ihr in der Praxis gelungen wäre, dem Vorbild gleichzukommen. Die reinste Form der Fabrikatsteuer stellt die in Deutschland 1895 vorgeschlagene, aber nicht zur Annahme gelangte prozentuale Fakturenbesteuerung dar. Dieselbe bedingt indessen neben der fortlaufenden Prüfung der Comptabilität in den Fabriken nicht nur eine Ueberwachung des Rohtabakzugangs zu den letztern, also eine Kontrolle der inländischen Pflanzers und Rohtabakhändler, sondern auch die Mitwirkung des Fabrikatenempfängers. Sie greift also so tief und

zum Teil so lästig in alle beteiligten Interessen ein, dass nicht recht einzusehen ist, wesshalb wir bei uns, wo nicht, wie in Deutschland, der Einführung des Monopols alle Aussichten auf Gelingen zu fehlen scheinen, dieser auch von der deutschen Reichsregierung grundsätzlich als zweckmässigste Besteuerungsform anerkannten Einrichtung vor der komplizierten Fakturenbesteuerung nicht den Vorzug geben sollten.

Die amerikanische Fabrikatsteuer greift mit ihren Kontrollmassnahmen vom Fabrikanten ebenfalls auf die Händler, in einzelnen Beziehungen auch noch auf die Pflanze und Konsumenten über. Die Erhebung der Steuer geschieht, im Moment des Eintritts des Fabrikats in den Verkehr, beim Fabrikanten oder Importeur, und zwar in der Weise, dass auf die vorschriftsgemäss verpackte Ware in bestimmter Weise Stempelmarken aufgeklebt und dann entwertet werden. Diese Marken sind so anzubringen, dass sie beim Öffnen der Packung zerstört werden müssen. Die Pflanze sind gehalten, dem Steuerbeamten auf Verlangen ein durch Eid bekräftigtes Verzeichnis ihrer Umsätze in Rohtabak zu liefern. Für die Rohtabakhändler, die Fabrikanten (mit Einschluss der Arbeiter) und die Verkäufer von Fabrikaten besteht der Zwang zur Anmeldung bei den Steuerbehörden, für die beiden ersten Kategorien überdiess die Pflicht zur Führung einer vorgeschriebenen Comptabilität und zur Lieferung von Auszügen aus derselben. Die Fabrikanten haben ausserdem für Erfüllung ihrer steuerlichen Verpflichtungen bestimmte, nach dem Geschäftsumfang gesetzlich geregelte Bürgschaften zu leisten und den Steuerorganen die Inventur der Vorräte zu gestatten.

Aehnlich ist die 1838 eingeführte Fabrikatsteuer in Russland organisiert. Hier werden indessen neben der letztern bei Fabrikanten und Händlern noch besondere Patentsteuern bezogen, eine Einrichtung, welche früher in Amerika ebenfalls bestand, dort aber 1891 abgeschafft worden ist.

Ohne behördliche Erlaubnis darf in Russland keine Tabakfabrik errichtet werden. Jede derselben untersteht einem speziellen Steuerkontrollleur. Die Stelle der amerikanischen Stempelmarken nehmen in Russland Banderollen ein. Jeder Fabrikant ist verpflichtet, für eine bestimmte Minimalsumme solche Banderollen vom Staat zu kaufen. Die Tabaktransporte unterliegen dem Begleitscheinzwang. Bis 1878 war der Preis der Banderollen nach gewissen Warenwertkategorien abgestuft. Die gewaltigen Unterschleife, welche bei dieser Qualitätsbesteuerung zu Tage traten,

veranlassten indessen in dem genannten Jahre deren Beseitigung. Von da bis 1882 wurde nur noch der von den untersten Klassen der Bevölkerung konsumierte Machorka-Tabak mit einem relativ niedrigeren Steuersatz belegt, alle andern Tabake dagegen zahlten ohne Rücksicht auf die verschiedenen Qualitäten die gleiche, nach Gewicht oder Stückzahl bemessene Steuer.

Das Gesetz vom Mai 1882, ergänzt durch eine Reihe späterer Erlasse, brachte wieder eine nach der Qualität der Fabrikate klassenweise differenzierte Steuer, zugleich aber eine Verschärfung und Ausdehnung der Kontrolle, welche den Vorzügen des Systems erheblich Abbruch thut.

Auch in Nordamerika hat sich selbst eine ganze rohe Steuerabstufung nach dem Wert des Tabaks, wie sie durch die Gesetze von 1862, 1863, 1864, 1865 und 1866 eingeführt worden war, nicht lange zu halten vermocht; sie ist bereits 1867/68 fallen gelassen worden.

Schon dieses Unvermögen, eine richtige Qualitätsbesteuerung konsequent und dauernd zur Durchführung zu bringen, macht uns auch die Fabrikatsteuer nach nordamerikanischem oder russischem Muster unannehmbar, abgesehen davon, dass diese beiden Formen zu unsern Verhältnissen und Gewohnheiten nicht recht passen, uns jedenfalls mindestens so fremd anmuten würden, als ein Monopol.

* * *

Das Monopol empfiehlt sich aber nicht nur aus der Erwägung rein negativer Natur, dass die andern Systeme eine ertragreiche und zugleich gerechte Tabakbesteuerung nicht zu sichern vermögen, sondern in ebenso entscheidender Art durch die besondern Vorzüge, die ihm eigen sind. Diese Vorzüge wären nach ihrer allgemeinen, wie nach ihrer speziellen Seite hin am richtigsten an einem bestimmten Monopolgesetzentwurfe nachzuweisen. Da ein solcher für die Schweiz nicht vorliegt, halte ich mich an das Projekt, welches in dem mehr zitierten Gutachten Milliet-Frey als Basis der Ertragsberechnung skizziert wird. Dabei betrachte ich auch in diesem Punkte nur das Wesentliche.

In dem besagten Gutachten ist das Nettoerträgnis des Regiebetriebs, für die Zeit nach Tilgung der Entschädigungen an die Privatindustrie, auf jährlich 8,000,000 Fr., für die Uebergangszeit auf 6,500,000 Fr. budgetiert. Dieser letztere Betrag kommt aus folgenden Quellen:

Steuer auf den ausländischen Qualitätstabaken	Fr.	589,380. —
Netto-Ersparnisse beim Einkauf	»	435,350. —
» an den Fabrikationskosten		
und Handelsspesen	»	3,473,326. —
Aneignung von Fabri-		
kations- u. Handels-		
gewinnen	Fr.	3,501,944. —
Minus Amortisation des		
daherigen Entschädi-		
gungsaufwandes	»	1,500,000. —
	»	2,001,944. —
Total		Fr. 6,500,000. —

Aus diesen Zahlen geht hervor, dass das Finanzresultat nur zu einem kleinen Teile das Ergebnis einer eigentlichen Steuer ist. Der Grossteil desselben erfliesst vielmehr aus der günstigeren Stellung des Staates als alleinigen Fabrikanten und Händlers en gros einerseits und aus der Aneignung privater Gewinne anderseits, einer Aneignung, deren Gegenwert in einer auf fast beliebig lange Zeit zu erstreckenden Tilgung des Entschädigungskapitals zurückgeleistet wird.

Die Ersparnisse, welche der Staat als Fabrikant und Händler erzielen kann, betreffen in der Hauptsache den geringeren Aufwand für Reisespesen, für Frachten, für Ausstattung, sowie für Reklamen jeder Art und den Wegfall von Verlusten und Steuern. Diesen Gewinnposten stehen allerdings Mehrleistungen für Arbeitslöhne, für Gebäudeunterhalt und für Zinsen entgegen, sowie die Kosten der Verwaltung. Da in der letztern indessen der Natur der Sache nach ein grosser Prozentsatz der früher in der Branche beschäftigten Personen Anstellung finden wird, so wirkt die diesbezügliche Ausgabe in nicht zu unterschätzendem Masse zugleich als Schadloshaltung gegenüber der unterdrückten Privatindustrie.

Es ist aus diesen Verhältnissen heraus ohne weiteres klar, dass das Monopol den Konsumenten weit weniger belastet, als irgend welche Steuer ohne Monopolcharakter. Bei einer solchen Steuer wird zwar vielleicht am Anfang die Konkurrenz noch dafür sorgen, dass der Konsument nicht deren volles Gewicht zu tragen hat. Da aber jede hohe Besteuerung am Ende, direkt durch gesetzliche Anordnungen oder indirekt durch den Zwang der Thatsachen, zu einer Konzentration führen muss, so wird sich aus derselben im Laufe der Zeit fast unvermeidlich ein Privatmonopol bilden, dessen Inhaber, von jedem wirksamen Wettbe-

werb entbunden, das Volk »tällen«, wie das Memorial des bernischen Böspennigers von 1761 kurz, aber treffend sich ausdrückt.

Die relativ geringe Belastung des Konsums durch das Monopol hat vom fiskalischen Standpunkte aus einmal den Vorzug, dass der Verbrauch nicht so stark zurückgeht, wie bei der einfachen Steuer; sodann giebt sie dem Monopol eine viel grössere Entwicklungsfähigkeit. Die Daten der französischen Regie sind in dieser Beziehung besonders lehrreich. Bis 1852 lieferte dieselbe einen Jahresertrag von weniger als 100 Millionen. Von 1872 an stieg derselbe trotz der Abtrennung der an Deutschland verlorenen Landesteile auf über 200 Millionen; seit 1883 beträgt er mehr als 300 Millionen.

Aber nicht nur die verhältnismässige Kleinheit der Monopolbelastung ist ein Vorzug gegenüber der gewöhnlichen Steuerbelastung. Dasselbe gilt mit Bezug auf die Sicherheit und Klarheit derselben, namentlich aber mit Bezug auf die viel leichtere Anpassung an die Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers.

Zwar sind auch in den neueren russischen Fabrikatsteuergesetzen für eine Anzahl Sorten Maximaldetailpreise fixiert worden. Ein derartiger Eingriff in die Freiheit des Handels würde aber bei uns in einem Fabrikatsteuersystem nicht nur Anstoss erregen, sondern bei der grossen Verschiedenheit unserer kantonalen Verhältnisse schwer in einwandfreier Weise zu verwirklichen sein. Beim Monopol macht sich die Sache von selbst. Die Fabrikate werden nach ihrer Güte abgestuft im ganzen Lande zu gleichen Preisen in den Verkehr gebracht.

Die Regieverwaltung kann aber nicht bloss in diesen Beziehungen dem Publikum mehr entgegenkommen, als die Privatindustrie, sie bietet demselben auch grössere Garantien gegen Fälschungen. Das Monopol hat kein Interesse daran, schlechte Fabrikate zu liefern und in einem demokratischen Lande, wie dem unserigen, wird die öffentliche Kritik schon dafür sorgen, dass der Staat dieses Interesse nicht aus den Augen verliert.

Freilich wird das Monopol in gewissem Umfange zu einer Beschränkung in der Sortenauswahl führen. Diesem Uebelstande wird durch das Projekt Milliet-Frey in der Hauptsache dadurch begegnet, dass die Einfuhr fremder Fabrikate unter Bezahlung von Monopolgebühren freigegeben bleibt. Eine gewisse Uniformität der von der Regie selbst fabrizierten Sorten aber ist nicht nur ein Nachteil, sondern zugleich auch wieder ein Vorteil

darin, dass der Konsument im ganzen Gebiet der Eidgenossenschaft sicher ist, für das gleiche Geld die gleiche Ware zu finden. Es kommt dazu, dass bei uns der grösste Teil des Verbrauchs an inländischem Fabrikat schon jetzt nur durch wenige Varietäten repräsentiert wird. Bei den Cigarren z. B. entfallen zirka 60 % allein auf die Bouts, zirka 20 % auf die Brissagos. Auch bei den Kopfcigarren, aus denen die restierenden 20 % sich zusammensetzen, ist die Mannigfaltigkeit der gangbaren Fabrikate zur Zeit schon keine sehr grosse.

* * *

Als es sich vor 13 Jahren um die Einführung einer eidgenössischen Alkoholsteuer handelte, entschloss man sich nach langer Erwägung des pro und contra nicht aus irgend welchen doktrinären Gründen zu Gunsten des Monopols, sondern vornehmlich deswegen, weil nur dieses letztere es ermöglichte, die widerstreitenden Interessen von vornherein in sicherer Weise ins Gleichgewicht zu setzen.

Wie zutreffend man dabei im allgemeinen das Richtige traf, geht aus der Schwierigkeit hervor, irgend etwas Wesentliches an den damals gewählten Grundlinien zu ändern. Die heute im Wurf liegende Revision des Alkoholgesetzes hat erwiesen, dass man keinen Stein aus dem Gebäude von 1886 nehmen kann, ohne dasselbe in allen seinen Teilen zu erschüttern.

Aehnliche Erwägungen werden meines Erachtens schliesslich auch zum Tabakmonopol führen.

Bei der einfachen Besteuerung hätte der Tabakbauer das Hauptgewicht der Unlust zu tragen; er würde noch mehr als jetzt der Willkür der privaten Käufer ausgesetzt und hätte keinerlei Garantie für die Zukunft seines landwirtschaftlichen Betriebes.

Beim Monopol hat es der Staat in der Hand, das Verhältnis der Inlandsproduktion zum Konsum in einer den landwirtschaftlichen Ansprüchen billig gerecht werdenden Weise sicher zu stellen. Aber nicht nur in quantitativer Hinsicht kann die Regie die Tabakkultur schützen, sie hat auch die Möglichkeit und das Interesse, durch Belehrung, Austeilung guten Samens etc. den Bau in einem Masse qualitativ zu fördern, welches der Privatinitiative nicht zugänglich ist. Dem einzelnen Tabakpflanzer würde sie dabei überdies durch Abschluss mehrjähriger Kontrakte, durch Gewährung anständiger Preise und durch loyales Geschäftsgebahren Wohlthaten erweisen, die der freie Verkehr, namentlich bei hoher

Steuer, nicht zu gewähren vermag. Für den Landwirt ist es überhaupt etwas anderes, ob er von seinem Ernteertrag Steuern zahlen soll oder ob ihm der Staat denselben zu lohnenden Preisen abnimmt.

Was die Fabrikation betrifft, so bedingt das Monopol allerdings den Uebergang derselben in die Hand des Staates, also die Aufhebung des Privatbetriebes. Dafür sollen die Fabrikhaber indessen ausreichend entschädigt werden. Für die Fabrikarbeiter wird der Staat besser sorgen, als die Privatindustrie. Damit in den Fabrikationsverhältnissen, speziell in der lokalen Verteilung der Fabriken, keine grosse Erschütterung eintrete, sieht das Projekt Milliet-Frey wohl zutreffend vor, dass jede Gemeinde, welche jetzt 50 oder mehr Tabakarbeiter zählt, eine Staatsfabrik erhalten solle.

Den Kleinhandel monopolisiert das erwähnte Projekt nicht. Ohne das bernische Gutachten von 1761 zu kennen, hat es das daselbst in Aussicht genommene Rabattsystem mit freilich viel liberaleren Ansätzen in Vorschlag gebracht. Damit ist zugleich der häufig gehörten Befürchtung die Spitze abgebrochen, dass der Staat das Recht der Anstellung der vielen Kleinverkäufer politisch missbrauchen könnte. Bei der Fabrikation ist die Möglichkeit eines derartigen Missbrauches dadurch schon namhaft verringert, dass bei der Tabakbranche überwiegend Frauen und Minderjährige beschäftigt sind, also Personen, welchen kein Stimmrecht zusteht, welche daher höchstens indirekt in politische Fragen eingreifen könnten.

Die Vorteile des Monopols endlich für die Konsumenten sind oben bereits angeführt worden.

Nur der Vollständigkeit halber sei noch beigelegt, dass auch die Kontrollmassnahmen beim Monopol einfacher, billiger und erträglicher zu gestalten sind, als bei jeder Grosssteuer ohne Monopolcharakter.

Im ganzen wird daher wohl Zeller beigestimmt werden können, wenn er in seinem Artikel über die Tabaksteuer in Schönbergs Handbuch sagt, es könne ein in der Sache selbst begründeter Zweifel darüber nicht bestehen, dass dem Monopol der unbedingte Vorzug vor allen übrigen Formen der Tabakbesteuerung zukomme.

Schon an anderer Stelle habe ich hervorgehoben, dass die Vertreter der Wissenschaft wie der Behörden sozusagen allgemein dasselbe Urteil fällen. Was die Staaten, welche das Monopol noch nicht haben, von der Einführung desselben abschreckt, sind daher nicht prinzipielle Gesichtspunkte, sondern fast ausnahmslos die Schwierigkeiten und Lasten des Ueberganges. Bei uns sind diese

Schwierigkeiten aber relativ kleiner, als in den meisten andern Staaten, weil wir am internationalen Rohtabakhandel nicht beteiligt sind und auch unsere Ausfuhr an Fabrikaten eine nicht sehr bedeutende ist; sodann auch deshalb, weil die schweizerische Fabrikation bereits ziemlich konzentriert ist. Von den 1888 gezählten 6415 Personen, welche in der Tabakindustrie thätig sind, entfielen 5238 allein auf die vier Kantone Aargau, Waadt, Bern und Tessin.

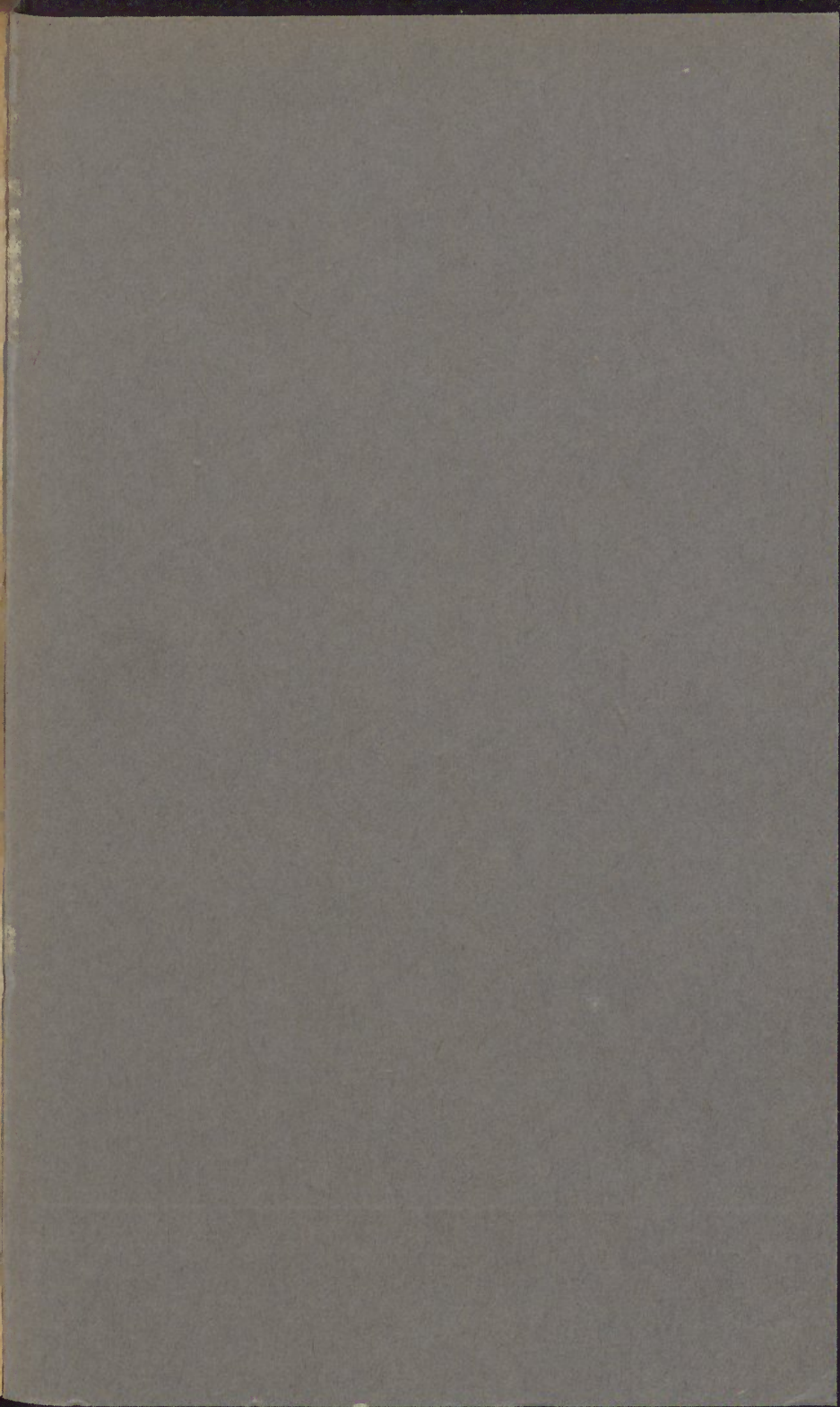
* * *

Zusammenfassend komme ich zu nachstehenden Schlussfolgerungen:

Die ganze Finanzlage des Bundes und der Kantone, abgesehen selbst von dem Staatsbedarf für das projektierte Versicherungswerk, macht es wünschbar, dass eine neue eidgenössische Steuer mit angemessener Beteiligung der Stände am Ertrage derselben in absehbarer Zukunft zur Einführung gelange. Als eine derartige neue Finanzquelle empfiehlt sich in erster Linie die Tabakbesteuerung, vorzugsweise in Form eines den besondern Interessen nach Möglichkeit gerecht werdenden Monopols.

Da in weiten Kreisen das Bedürfnis herrscht, die vorliegenden Versicherungsprojekte zum Abschlusse zu bringen und über Sein oder Nichtsein der betreffenden Gesetze Klarheit zu schaffen, da es aber zugleich mindestens als gewagt und unter Umständen als wirtschaftlich verfehlt gelten muss, diese Gesetze ohne Sicherstellung der nötigen Staatsgelder in Vollzug zu setzen, so empfiehlt sich, obschon auch ihm Bedenken entgegenstehen, der Antrag des Bundesrates, diese Gesetze mit der Eingangs mitgeteilten Clause de sauvegarde zu erlassen.

Indem ich so der Einführung einer eidgenössischen Tabaksteuer das Wort rede, bin ich mir der vielen Einwände, welche ein derartiger Vorschlag erwecken wird, wohl bewusst. Ich halte mich aber angesichts der Wichtigkeit, welche der Frage für unser ganzes Staatswesen zukommt, an das Wort eines deutschen Nationalökonomens, der bei Betrachtung desselben Gegenstandes sich dahin ausdrückt: Für die Erreichung kleiner Zwecke genügt es, die grossen Reformen durch den Nachweis von deren Schwierigkeiten missliebig zu machen; wenn die kleinen Zwecke aber selbst nicht mehr ausreichen, dann ist man gezwungen, den grossen Schwierigkeiten ins Angesicht zu sehen.





206\$07963408